PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Berlin, den 23. Mai 1914.

Deutschlands Großschiffahrt.

Von Ludwig Alinger-Mannheim.

Nichts spiegelt die erstaunliche Expansionskraft des geeinten Deutschen Reiches mit solcher Klarkeit wider, wie die eminente Ausdehnung und Bedeutung, die die deutsche Schiffahrt gewonnen hat. Die deutsche Handelsflotte ist der sichtbarste Ausdruck unserer Weltmacht. Für die Bedeutung, die die deutsche Großschiffahrt gewonnen hat, sprachen die Vorgänge die sich in der Organisation der Weltschiffahrt oder wenigstens der wichtigsten Gebiete der Weltschiffahrt im Laufe der letzten Monate abspielten. Ein sorgfältig auskalkuliertes System von Abreden und Konventionen umschloß bis gegen Ende des Jahres 1913 die am meisten umstrittenen Gebiete des Weltverkehrs zur See, insbesondere den Verkehr zwischen der alten und der nördlichen Hälfte der neuen Welt. Der Wille einer deutschen Reederei, der Machtanspruch, den sie für sich stellte, der Hamburg-Amerika-Linie, war es, der eine Neuordnung verlangte und durchsetzte. Wiederum ist es bezeichnend, daß dieser Kampf um den Anteil am Weltverkehr sich nicht gegen irgendeine einzelne oder eine Gruppe der ausländischen: französischen, englischen, russischen oder amerikanischen Linien richtete, sondern gegen eine deutsche Reederei, die neben der Hamburg-Amerika-Linie einen besonders hohen Anteil am Weltverkehr besitzt, gegen den Norddeutschen Lloyd. In Wahrheit war der große Schiffahrtkonflikt der Jahreswende 1913/14, der den Handelsverkehr der ganzen Welt in eine Kampfperiode zu reißen drohte, eine Auseinandersetzung zwischen deutschen Reedereien. Der Konflikt war beendet in dem Moment, in dem sich die Hamburg-Amerika-Linie mit dem Norddeutschen Lloyd verständigt hatte; die gesamte übrige Reederei der Welt folgte dem Friedenssignal, das von Hamburg und Bremen ausgegeben wurde.

Man weiß heute, daß der jüngste Schiffahrtkonflikt, weit entfernt, zu einer Schwächung der deutschen Machtstellung auf der See zu führen, erheblich zu ihrer Stärkung beigetragen hat. Denn das, was zwischen Hamburg und Bremen vor sich gegangen ist, ist eine unter dem Namen einer fünfzehnjährigen Interessengemeinschaft segelnde ewige Ehe zwischen den beiden leitenden Reedereien der Welt, ein Ziel, das, mag man seine Bedeutung privatwirtschaftlich noch so hoch einschätzen, in seinem Werte unzweifelhaft übertroffen wird von der Tatsache, daß die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd zusammen jeder Kombination zur See überlegen sind, keinen Kampf, sei es mit welchem Gegner auch immer, auf ihren Verkehrsgebieten zu scheuen haben: eine Konstellation, die gewiß jeden Ehrgeiz deutscher Weltwirtschaftpolitik zu befriedigen vermag. Mit einem gewissen Erstaunen darf man dabei wieder konstatieren, daß das alte Welthandelsreich Großbritannien keine Reedereieinheit aufzuweisen vermag, die sich der Hamburg-Amerika-Linie, geschweige der neuen Konstellation zur Seite stellen könnte. Gewiß, Großbritannien besitzt eine Reihe mächtiger Schiffahrtgesellschaften, hat sogar eine lose Art der Interessengemeinschaft mehrerer Reedereien gefunden. Aber an Schlagkraft, an intern gesammelter Macht, die einem einzigen Willen untersteht, ist in ihrer heutigen Organisation die deutsche Handelsreederei unzweifelhaft der englischen überlegen. Diese Tatsache mag den deutschen Ehrgeiz mit Recht befriedigen.

Von Interesse ist es nun, die Gründe zu untersuchen, denen die deutschen Handelsreedereien ihre Machtstellung verdanken. Selbstverständlich kommt dafür in allererster Linie in Betracht, daß eine Volkswirtschaft wie die deutsche, mit ihrer eminent

industriellen und expansiven Tätigkeit, mit ihren auf den umfassendsten Güteraustausch eingerichteten Organisationen, in der Lage ist, Reedereien von größter Bedeutung zu schaffen und zu alimentieren, ein Zustand, der seine besondere Unterstützung noch dadurch erfährt, daß die deutschen Häfen durch ihre natürliche Lage, aber auch durch die geschickte Organisation der Zufahrtlinien zu Land, gewaltige Zentralen der Auswanderung und des Güterverkehrs des ganzen mittleren, vor allem aber des östlichen Europas geworden sind. Aber diese Quellen des Verkehrs wären allein nicht in der Lage gewesen, so außerordentliche Gebilde schiffahrttechnischer Organisationen zu schaffen und auf der Höhe zu halten, wenn nicht die Leitung der deutschen Reedereien — mit wenigen Ausnahmen — in Händen gelegen hätte, die in der Lage waren, die Geschäfte wirklich zu beherrschen und in dem Sturm und Drang einer sich rastlos ausbreitenden Tätigkeit festfundierte Großunternehmen zu schaffen. Im Gegensatz zu vielen ausländischen Reedereien, die allenfalls als Konkurrenz der deutschen Großschiffahrt in Betracht gekommen wären, haben die Leiter des deutschen Handelsseeverkehrs es verstanden, ihre Unternehmungen vor schweren Rückschlägen zu bewahren. Die deutsche Wirtschaft kennt Krisen schwerer Art auf manchen Gebieten, eine heftige Krisis in der Großschiffahrt kennt die deutsche Wirtschaftsgeschichte nicht. Wenn auch hier und dort einmal Rückschläge lokaler Art eintraten, dieses oder jenes Großunternehmen genötigt war, einige Jahre hindurch sich Beschränkungen aufzuerlegen, hier und dort selbst Dividendeneinstellungen eingetreten sind — im großen und ganzen ist es in der deutschen Schiffahrt bisher ohne Krisis, jedenfalls ohne Katastrophe abgegangen, eine Tatsache, die bei den vielen großen Unternehmungen, die hierbei in Betracht kommen, gewiß Beachtung verdient. Heute, in einem Augenblick, in dem sich die deutsche Schiffahrt in neuen Ordnungen enger als bisher zusammenfindet, ist es wohl von Interesse, kurz die Finanzverhältnisse der deutschen Reedereien zu beleuchten, und das um so mehr, als die letzten Jahre, wenn nicht Monate, eine mächtige Expansion der Flotte der deutschen Reedereien gebracht haben. Folgende Zusammenstellung zeigt das Anwachsen der Handelsflotten einiger führenden Reedereien während der letzten drei Jahre (in Bruttoregistertonnen):

	1911	1912	1913
Hapag	1 210 717	1 306 819	1 360 360
Lloyd	787 752	889 183	982 951
Hansa	346 739	419 258	440 544
Deutsch-Australlinie	199 797	285 432	310 046

Die Flotte der Hamburg-Südamerika-Linie (ebenfalls mit den Neubauten) stieg von 352 111 in 1912 auf 384 982 B.-R.-T., der Kosmos hat von 210 000 t Tragfähigkeit seine Flotte bis 1914/15 auf 330 000 t gebracht. Auf allen Hellingen der deutschen Werften an der Ost- und Nordsee herrscht regste Arbeit, überall werden die Riesenschiffe gezimmert, die im laufenden und kommenden Jahre die deutsche Handelsflotte ergänzen sollen, die, ungeachtet des Rückschlages der Konjunktur, welchen die Wirtschaft fast der ganzen Welt seit einiger Zeit zeigt, neue Verkehrsmittel schaffen für eine kommende Zeit, in der sich die abgeebbte Welle der Konjunktur wieder heben wird. Ein Blick in die Bilanzen der deutschen Reedereien gibt wertvolle Anhaltspunkte über die Kraft dieser, für das Wirtschaftleben des Reiches überaus wichtigen Instrumente.

Die Hamburg-Amerika-Linie weist in ihrer Bilanz per 31. Dezember 1913 Investitionen für ihre Flotte, nach Vornahme der Abschreibungen, von total etwa ¼ Milliarde ℳ aus, sie arbeitet zurzeit mit einem Aktienkapital von 180 Mill. ℳ und hat von ihren vier bisher ausgegebenen Obligationenserien noch etwa 70 Mill. ℳ umlaufen. Aus den Erträgnissen ihrer Wirtschaft, zuzüglich der für den Selbstversicherungbetrieb und dergleichen notwendigen Summen hat sie etwa 59 Mill. ℳ offene Reserven und Fonds gestellt. So wenig nun auch die Bilanz dieser Reederei, wie die so mancher anderen, einen umfassenden Einblick über den Stand der liquiden Mittel gestattet, so ist doch zu erkennen, daß zuzüglich der noch zu erwartenden Eingänge aus der letzten Aktienemission, die echten Disponibilitäten der Hapag zu Ende 1913 mindestens 35 Mill. ℳ umfaßten, ganz abgesehen von jenen Beträgen an Staats- und Wertpapieren, die unter den etwa 37 Mill. ℳ „Effekten einschließlich Aktien fremder Gesellschaften“ sich befanden, Mittel, denen freilich nicht nur das Dividendenerfordernis von 15 Mill. ℳ, sondern auch die in den kommenden Jahren noch abzuwickelnden Bauschulden gegenüberstehen, die allerdings auch zum guten Teil aus den Erträgnissen des laufenden Geschäfts bestritten werden dürften. Die Hapag selbst bezifferte jüngst ihre „bereiten Mittel“ per Ende 1913 auf (einschl. Aktienausstand) 71 Mill. ℳ. Jedenfalls hat die Hamburg-Amerika-Linie es in der schwierigsten Zeit der Emissionsperiode 1913 verstanden, sich rechtzeitig sehr hohe Fonds hinzulegen, sie hat das damals getan unter der heute in Fortfall gekommenen Voraussetzung, daß eine Kampfepoche bevorstehe, die hohe Anforderungen, insbesondere auch an die finanzielle Kraft der Reedereien stellen würde.

Der Norddeutsche Lloyd, die nächstgrößte deutsche Reederei, ist bei 125 Mill. ℳ Aktien- und ebenfalls nicht viel unter 70 Mill. (zuletzt 67,65 Mill.) ℳ Obligationenkapital und bei offenen Reserven und Rücklagen von etwa 35 Mill. ℳ nicht so beträchtlich gerüstet wie die Hamburg-Amerika-Linie, zumal ja, wie bekannt, dem Lloyd der Emissionsmarkt lange verschlossen war, in jenen Jahren, in denen er sich nach überraschender betrieblicher Expansion eine Periode der Ruhe und Finanz-Konsolidierung (Abtragung von Bankkrediten usw.) gönnen mußte. Das in den Dampfern des Lloyd insgesamt investierte Kapital bezeichnet die Bilanz mit etwa 350 Mill. ℳ, wovon

nicht viel unter 200 Mill. M. bis heute abgeschrieben sind, so daß etwa 150 Mill. M. Buchwert heute noch restieren. Der Lloyd zeigte in seiner letzten Bilanz, ebenso wie in den älteren, seine Finanzverhältnisse keineswegs klar nach. Aus seiner Bilanz ergibt sich eigentlich nur, daß er Staats- und sonstige Wertpapiere, ferner befristete Anlagen bei Banken, daneben noch etwa 1½ Mill. M. Kassa und ohne weiteres greifbare Bankguthaben besitzt, während die Gesamtsumme der verfügbaren Mittel nicht ersichtlich gemacht ist. Er gab jüngst seine verfügbaren Mittel per Ende 1913 mit 62 Mill. M. an, hatte damals aber wohl etwa 50 Mill. M. Schiffsbauschulden. Ohne allen Zweifel aber hat der Lloyd Mittel genug, um, zumal die laufenden Erträgnisse des Schiffahrtgeschäfts eine weitere Stütze bieten, seinen großen Schiffsbaubedarf zu befriedigen, während darüber hinaus freilich im Gegensatz zur Hapag noch manche Wünsche einer Bereicherung der laufenden Mittel bei ihm bis jetzt unerfüllt geblieben sind. Die Aussicht ist freilich heute dem Lloyd offen, nicht nur auf weitere gute Gewinne nach der Einigung mit der Hamburg-Amerika-Linie, sondern auch auf eine sparsamere Arbeit und vor allem auf die Möglichkeit, durch Erhöhung seines Eigenkapitals auf dem Emissionswege bei Gelegenheit eine durchgreifende Auffüllung seiner Kassen vornehmen zu können.

Die dritte der deutschen Großreedereien, die Deutsche Dampfschiffahrt-Gesellschaft Hansa in Bremen, zeigt eine glänzende Bilanz. Freilich steht diese Reederei an Bedeutung bereits weit hinter der Hapag und dem Lloyd zurück. Ihr Aktienkapital beschränkt sich auf 25 Mill. M., ihr Anleihekapital auf 6 Mill. M., doch hat sie daneben offene Reserven und Rücklagen von nicht wenig unter 20 Mill. M. anzusammeln vermocht. Bei einem Buchwert ihrer Schiffe von etwa 34 Mill. M. verfügte sie am Ende des abgelaufenen Jahres über mehr als 19 Mill. M. Bankguthaben neben 6⅔ Mill. M. Effekten, ohne die Beteiligungen an dritten Unternehmungen, also über einen Finanzstand, der keineswegs nennenswert durch das Gewinnverteilungerfordernis von etwa 5½ Mill. M. beeinträchtigt wird und der „Hansa“ besondere Kraft verleiht.

Die Deutsch-Australische Dampfschiffahrt-Gesellschaft weist in ihrer neuesten Bilanz bei 20 Mill. M. Aktien und wenigen 800 000 M. Anleihen die Rücklagen mit etwa 15 Mill. M. nach, das in Schiffen investierte Kapital mit 45 Mill. M. Die offenen Mittel dieser Linie, Bankguthaben, Wertpapiere, sind mit etwa 1,60 Mill. M. gering, zumal nicht unbeträchtliche Verpflichtungen, insbesondere auch das Dividendenerfordernis von etwa 2,80 Mill. M., dem gegenüberstehen. Indessen dürfte der Dividendenstand von 14% natürlich auch der Deutschen Australlinie ohne weiteres die Möglichkeit der Beschaffung neuer Betriebskapitalien am offenen Markt gestatten, wenn dies für erforderlich erachtet werden wird.

Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrt-Gesellschaft, die neben 25 Mill. M. Aktien 9,50 Mill. M. Obligationen im Umlauf hat und bilanzmäßig über etwa 16 Mill. M. offene Reserven und Fonds verfügt, hat in ihren Schiffen zurzeit noch ein Kapital von 63 Mill. M. investiert. Die Finanzverhältnisse sind gut. Die Linie verfügt über etwa 15 Mill. M. Bankguthaben und Kassa, nachdem bereits sehr erhebliche Anzahlungen auf die in Bau gegebenen Schiffe geleistet sind. Die Deutsche Dampfschiffahrt-Gesellschaft Kosmos arbeitet mit 14 Millionen M. Aktienkapital, ohne Obligationen im Umlauf zu haben. Ihre offenen Rücklagen usw. erreichen etwa annähernd den Bestand von 13 Mill. M.. Die Linie ist außerordentlich flüssig. Allein an Bankguthaben war ein das Aktienkapital übersteigender Betrag mit 16¼ Mill. M. vorhanden, während die Linie in Schiffen 39 Mill. M. investiert und darauf pro 1913 wieder über 5 Mill. M. abgeschrieben hat, während freilich an die Erbauer der Schiffe noch etwa über 10 Mill. M. zu zahlen sind, Beträge, denen aber auch noch die Ergebnisse des laufenden Schiffahrtgeschäfts (der letztjährige Reingewinn überstieg 8 Mill. M.) gegenüberstehen.

Eine erhebliche Bedeutung besitzt weiter die Woermann-Linie in Hamburg, die seit einigen Jahren in aktiengesellschaftlicher Form organisiert ist. Bei dieser Linie, die mit 20 Mill. M. Aktienkapital arbeitet, scheint mit einer Kapitalsvermehrung zu rechnen zu sein, nachdem eine wohl interimistische Anleihe bei der Norddeutschen Bank von 2 Mill. M. aufgenommen worden ist. Der Beschaffung neuer Mittel bietet die Rentabilität der Linie (für das erste Geschäftsjahr als Aktiengesellschaft wurden 8 % Dividende verteilt) eine geeignete Unterlage, der Weg der Ausgabe von Obligationen, mit denen die Gesellschaft noch nicht belastet ist, steht offen.

Neben diesen größten Reedereien besteht noch eine größere Anzahl kleinerer Linien, die mit Kapitalien bis zu 10 Mill. M. auf ihrem Arbeitgebiet eine beträchtliche Bedeutung besitzen und die zum größten Teil als in sich gesund und wohlorganisiert gelten können. Das Gesamtbild der deutschen Reederei ist jedenfalls derart, daß man über ihre Finanzlage wohl beruhigt sein kann, daß zum Teil außerordentlich starke finanzielle Rüstungen vorhanden sind. Die wichtigsten Reedereien verfügen über außerordentlich große Bestände an bereiten Mitteln, die es ihnen ohne weiteres gestatten, ihren gewaltig ausgedehnten Schiffsbauprogrammen finanziell nachzukommen. Die Betriebsmittel sind reichlich; wo sie nicht übermäßig verfügbar sind, steht diesen Reedereien, zumal allenthalben die Dividende eine ansehnliche Höhe erreicht hat, ohne weiteres der Emissionsmarkt offen. So ist denn auch wohl mit der Neuemission bei mehreren der deutschen Linien zu rechnen. Jedenfalls bietet die Finanzlage der deutschen Reedereien eine gute

Stütze für die Annahme, daß die Entwicklung der deutschen Schiffahrt durch innere Finanzfragen auch in der Folge nicht gehemmt ist. Das aber ist von sehr hohem Wert auch in einer Zeit, in der die Frage eines wertezerstörenden Kampfes auf dem Weltmeere zwischen den einzelnen Reedereien als ausgeschaltet gelten kann. Denn überall, wohin das Auge blickt, bieten sich der Schiffahrt neue Aufgaben. Das Dominium Canada verlangt gebieterisch nach einer starken Anteilnahme am Weltverkehr, insbesondere die Zufuhr von Menschenmaterial. Der Panamakanal wird neue Riesenländereien dem Weltverkehr nahebringen, wird enorme Ansprüche an die den Seeverkehr vermittelnden Handelsflotten stellen. Der Ostasiatische Verkehr wird mit der Erschließung Chinas einen großen Aufschwung nehmen — überall neue Aufgaben, denen in ihrer Gesamtheit nur eine starke und leistungfähige Reederei gerecht werden kann. Es ist befriedigend, daß für die deutsche Großschiffahrt die Auspizien für ihre Anteilnahme an diesen Aufgaben heute befriedigend liegen.

Chomage und Lloyds Underwriter in London.

Von Dr. **Bossert**-Berlin.

Zu der Zeit, als in Deutschland die einzelstaatliche Gesetzgebung sowohl wie die Versicherungpraxis den Standpunkt vertrat, daß die Gewinnentgangversicherung eine den rechtlichen und wirtschaftlichen Prinzipien zuwiderlaufende Einrichtung und deshalb nicht zuzulassen sei, haben infolge dieses ablehnenden Verhaltens ausländische Gesellschaften, und zwar in erster Linie die Lloyds Underwriter in London die Versicherung entgehenden Gewinnes infolge einer durch Brand verursachten Betriebsunterbrechung, die sogenannte Betriebsunterbrechungversicherung in Deutschland betrieben. Zahlreiche Vertretungen für diesen Geschäftszweig wurden etabliert, ohne von der deutschen Aufsichtbehörde zum Geschäftsbetrieb zugelassen zu sein, so daß in vielen Fällen Versicherungen auf Gewinnentgang abgeschlossen wurden, ohne daß die an den betreffenden Risiken beteiligten Feuerversicherunggesellschaften davon wußten und Gegenmaßregeln treffen konnten.

So lagen die Verhältnisse für die Betriebsunterbrechungversicherung in allen deutschen Bundesstaaten, bis am 1. Januar 1910 das Reichsgesetz über den Versicherungvertrag in Kraft trat, das diesem Versicherungzweig die rechtliche Existenzberechtigung zusprach. Mit diesem Zeitpunkt trat die Betriebsunterbrechungversicherung auch in der Versicherungpraxis ins Leben, nachdem die von den deutschen Feuerversicherern für diese Versicherungart aufgestellten Bedingungen seitens des Kaiserlichen Aufsichtamts für Privatversicherung die Genehmigung gefunden hatten.

Damit war aber die eifrige Acquisitionstätigkeit auf dem Gebiete der Betriebsunterbrechungversicherung seitens der ausländischen Gesellschaften in Deutschland nicht aus der Welt geschafft. Zahlreiche Versicherungen auf Gewinnentgang bestanden zu dieser Zeit im Ausland, und neue Versicherungen dieser Art wurden dort weiter abgeschlossen. An diesem Zustande hat sich seit Aufnahme der Betriebsunterbrechungversicherung durch die deutschen Versicherer nur wenig geändert. Wie bereits erwähnt, sind es besonders die Lloyds Underwriter in London, die in Deutschland Betriebsunterbrechungversicherungen nach wie vor abschließen, obwohl sie keine Genehmigung der deutschen Aufsichtbehörde zum Betriebe dieser Versicherungart besitzen. Konkurrenzfähig erhalten sich die englischen Versicherer namentlich dadurch, daß sie niedrigere Prämiensätze berechnen und hinsichtlich der Schadenfestsetzung eine einfache schematische Methode zur Anwendung bringen. Die Betriebsunterbrechungversicherungen werden in der Weise geschlossen, daß nicht der wirklich entstandene nachweisbare Schaden zu vergüten ist, sondern von der vom Sachschadenversicherer gewährten Entschädigung ausgegangen wird und von der für Gewinnentgang verabredeten Versicherungsumme soviel Prozente gezahlt werden sollen, als die Sachschadenvergütung Prozente der Feuerversicherungsumme ausmacht. Bei einer Kritik dieser schematischen Methode ist zu sagen, daß sie nicht dazu angetan ist, den wirklichen Schaden des brandgeschädigten Betriebsinhabers zu erfassen, daß aber auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß die Versicherung zu einem Gewinn für den Versicherten führt.

Der Abschluß derartiger Versicherungen bei den englischen Gesellschaften ist nach verschiedener Richtung hin einer eingehenden Betrachtung wert. Zunächst ist, um die Konsequenzen des Abschlusses einer solchen Versicherung ins Auge zu fassen, hervorzuheben, daß er erhebliche Nachteile für den Versicherungnehmer mit sich bringen kann. Im § 9 Abs. 2 der Allgemeinen Versicherungbedingungen für Feuerversicherungen ist bestimmt, daß der Feuerversicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei wird und das Versicherungverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungfrist kündigen kann, wenn eine Gewinnentgang- oder Betriebsverlustversicherung bei einem Versicherer genommen wird, der keine Erlaubnis einer deutschen Aufsichtbehörde zum Betriebe der Versicherung gegen Verluste hat, die sich infolge der durch einen Brand verursachten Betriebsunterbrechung für den brandgeschädigten Betriebsinhaber ergeben. Will also der Versicherungnehmer nicht Gefahr laufen, im Brandschadenfalle des Anspruchs auf Ersatz des ihm erwachsenen Sachschadens verlustig zu gehen,

so muß er vor dem Abschluß einer Betriebsunternehmungversicherung mit einem ausländischen Versicherungunternehmer das Einverständnis des Feuerversicherers einholen.

Die Frage, ob es für den deutschen Feuerversicherer ratsam ist, den Abschluß einer ausländischen Betriebsunterbrechungversicherung zu genehmigen, ist im allgemeinen zu verneinen, und zwar aus Gründen, die in der Eigenart dieses Versicherungzweiges liegen. Günstiger für den deutschen Versicherer würden noch die Verhältnisse liegen, wenn die ausländischen Versicherer Versicherungbedingungen zugrunde legen würden, die denen der deutschen Gesellschaften entsprechen. Dies ist aber nicht der Fall, und so können sich im Schadenfalle unliebsame Weiterungen für den deutschen Versicherer wie für den Versicherungnehmer ergeben. Für den Versicherungnehmer ist, auch wenn er die Zustimmung des Feuerversicherers erlangt hat, das Risiko verbunden, daß der die Deckung des Betriebsverlustes bezweckende Vertrag im Schadenfalle die erhofften Vorteile nicht bringt. Die oben gekennzeichnete Methode der Schadenfeststellung bei den englischen Gesellschaften, bei der auf den tatsächlich erlittenen Schaden keine Rücksicht genommen wird, ist nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes über den Versicherungvertrag eine ungültige Abrede. Nach § 89 Abs. 1 dieses Gesetzes darf bei der Versicherung des durch den Eintritt des Versicherungfalles entgehenden Gewinnes eine Taxe nicht vereinbart werden. Einer Taxe gleich zu erachten ist aber die bei den englischen Gesellschaften, so bei Lloyds, rein ziffernmäßig im voraus getroffene Festsetzung der zu gewährenden Entschädigung, so daß die deutschen Gerichte im Streitfalle — wenn es überhaupt gelingt, den ausländischen Versicherer vor einem deutschen Gericht zu belangen — gemäß § 89 Abs. 1 VVG. die Ungültigkeit der vereinbarten Entschädigung geltend machen können, und der ganze Versicherungvertrag mit dem ausländischen Versicherer für nichtig erklärt werden kann.

Soweit die Betriebsverlustversicherung in Frage kommt, sind es fast ausschließlich Lloyds, welche in Deutschland Abschlüsse derartiger Versicherungen betätigen, ohne im Besitze der notwendigen Konzession zu sein. Ueber die Einrichtung von Lloyds herrschen bei den deutschen Versicherungnehmern nur ganz unklare Vorstellungen, obwohl gerade hier eine genaue Orientierung über den Versicherer vor Abschluß des Versicherungvertrages nicht versäumt werden sollte. Als eine Tatsache von Bedeutung ist jedenfalls anzuführen, daß Zahlungunfähigkeiten bei Lloyds seit einiger Zeit an der Tagesordnung sind. Lloyds als Institution, das muß zugleich betont werden, verdienen volle Anerkennung, soweit sie sich mit der Seeversicherung beschäftigen, denn dieser Teil ihrer Wirksamkeit ist von außerordentlicher Bedeutung. Lange Jahre hindurch haben Lloyds die Seeversicherungbranche allein betrieben und darin eine Vorrangstellung eingenommen. Dann aber gingen sie dazu über, auch Feuerversicherungen zu übernehmen und eine Menge anderer Spekulationspolicen auszufertigen, die nichts anderes waren als ein reines Hasardspiel, das mit der Versicherung nicht das geringste zu tun hat. Auch mit der Einführung der Betriebsunterbrechungversicherung in der gekennzeichneten Struktur begaben sich Lloyds auf ein gefahrvolles Gebiet der Versicherung. Das von Lloyds in Deutschland inaugurierte System der Betriebsverlustversicherung enthält für den Versicherten eine Gewinnchance, die den wirtschaftlichen Zweck und Nutzen dieses Versicherungzweiges nur zu leicht ins Gegenteil kehren kann.

Die Versicherung des Betriebsverlustes an sich ist ohne Zweifel eine notwendige wirtschaftliche Einrichtung und hat mit einem mit der Versicherung verbundenen Glücksspiel nichts gemein. Wenn der Industrielle durch einen Brand gezwungen wird, den Betrieb seiner Fabrik einzustellen, so verliert er den Gewinn, welchen er in legitimer Weise aus seinem Betrieb erwartete. Dieser Verlust des sicher erhofften Gewinnes berührt zweifellos ein wirtschaftliches Interesse des Versicherten, und ist damit ein legitimes Objekt der Versicherung. Denn weit davon entfernt, daß die Ertragsfähigkeit eines Unternehmens ein unfaßbarer und nicht existierender Faktor ist, muß sie vielmehr nicht nur als ein faßbarer und durchaus ersatzfähiger Faktor, sondern sogar als ein solcher angesehen werden, von dem der wirklich versicherbare Wert aller Handels- und Industrieunternehmungen abhängt. Anderseits läßt aber eine eingehendere Betrachtung des Wesens der Betriebsverlustversicherung erkennen, daß sie für den Versicherer so manche Schwierigkeit aufweist und Gefahren bringt, gegen die er sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen hat. Und da ist es in erster Linie die Festsetzung des Schadens, die an die Technik des Betriebsunterbrechungversicherers hohe Anforderungen stellt, soll der Betrieb dieser Versicherung in für den Versicherer wie für den Versicherungnehmer gleich gedeihlichen Bahnen sich bewegen. Wenn die englischen Lloyds bei Festsetzung des Schadens derart verfahren, daß sie im Schadenfalle von der für Gewinnentgang verabredeten Versicherungsumme so viele Prozente vergüten, als die Sachschadenvergütung Prozente der Feuerversicherungsumme ausmacht, so kann nicht von einer Technik der Schadenfestellung die Rede sein, sondern das ist ein schematisches Verfahren, das, je nach Lage des Einzelfalles, für den Versicherungnehmer ebenso verlustbringend wie gewinnbringend sein kann. Soll aber die Betriebsverlustversicherung ihre Zweckbestimmung erfüllen, so muß sie dem Versicherten seinen Schaden ersetzen, nicht mehr und nicht weniger als diesen, sie darf weder den dem Versicherten gewährten Schutz verkümmern und unvollkommen machen, noch darf sie zu einem Gewinn des Versicherten führen. Für den Versicherer handelt es sich aber darum, die der Eigentümlichkeit dieses Versicherungzweiges am besten Rechnung tragenden Einrichtungen zu schaffen. Und dafür liegt in den bei den deutschen Versicherern eingewurzelten soliden Geschäftsgrundsätzen volle Garantie.

Revue der Presse.

Eine prinzipiell interessante Reichsgerichtsentscheidung über die

Kreditauskünfte der Banken,

bei der es sich insbesondere um die Frage handelte, ob die Bank verpflichtet ist, in ihrer Auskunft die von ihr beabsichtigte Lösung der Geschäftsverbindung mit der angefragten Kundin mitzuteilen, wenn als Grund hierfür für sie nicht die schlechte Vermögenslage des Kunden, sondern nur der Umstand, daß sich ihre Geschäfte mit ihm nicht schnell genug abwickelten, maßgebend war, teilt die Vossische Zeitung (15. Mai) mit. Der Firma S. & Co., die mit der Firma W. & K. einen Vertrag über sukzessive Lieferung erheblicher Quantitäten Eisenwaren abgeschlossen hatte, kam, als sie bereits einen Teil der Waren geliefert hatte, ungünstige Gerüchte über W. & K. zu Ohren. Sie bat deshalb telephonisch den Leiter der bochumer Filiale der Essener Creditanstalt, der ihr persönlich bekannt war, um Auskunft über W. & K., die mit der Creditanstalt arbeiteten. Der betreffende Filialleiter erkundigte sich telephonisch bei der essener Zentrale, wo ihm folgender Bescheid wurde: Die Gerüchte über schlechte Zahlungweise der angefragten Firma seien auch in Essen bekannt, die Mittel der Firma lägen sehr fest, auch sei die Konjunktur ungünstig, trotzdem glaube sie aber, daß man mit der Firma ruhig arbeiten könne. Außerdem sagte man dem Filialleiter noch, daß man beabsichtige, das Konto der Firma herabzuarbeiten, oder die Geschäftsverbindung mit ihr zu lösen; dieses sollte aber der Filialleiter der anfragenden Firma nicht mitteilen. Infolgedessen gab der Filialleiter an die anfragende Firma auch nur den ersten Teil der Auskunft weiter. Nun ging einige Monate später die Firma W. & K. in Konkurs und S. & Co. erlitten einen größeren Ausfall. Darauf verklagten sie die Essener Creditanstalt auf Ersatz des entstandenen Schadens, mit der Behauptung, die ihr zuteil gewordene Auskunft sei absichtlich falsch gewesen, denn die Beklagte hätte die schlechte Vermögenslage der angefragten Firma gekannt und verschwiegen. Die beklagte Bank machte hiergegen geltend, daß sie die angefragte Firma durchaus nicht für kreditunfähig gehalten habe, sondern lediglich deshalb das Konto aufgelöst habe, weil sich die Geschäfte mit der Firma nicht schnell genug abwickelten. Landgericht Essen und Oberlandesgericht Hamm wiesen die Klage der Firma S. & Co. ab. Das Oberlandesgericht führte hierbei aus, daß die Beklagte keineswegs zu einer rückhaltlosen Aufdeckung des zwischen ihr und der Firma W. & K. bestehenden Verhältnisses verpflichtet war. Entscheidend war, ob die Bank am Tage der Auskunfterteilung noch an die Bank am Tage der Auskunfterteilung noch an die Kreditwürdigkeit der Schuldnerin glaubte. Der Beweis dafür, daß die Bank an diesem Tage bereits um die schlechte Vermögenslage der Firma wußte, ist aber nicht erbracht worden. Eine Verpflichtung, der anfragenden Firma mitzuteilen, daß sie ihre Geschäftsverbindung mit W. & K. lösen wolle, bestand für die Bank nicht. Dieser Auffassung hat sich auch das Reichsgericht angeschlossen und die Revision der Klägerin zurückgewiesen. — In den Tageszeitungen nennt der Zentralverband der Deutschen Bank und des Bankiergewerbes wieder einige

ausländische Animierbankiers,

vor denen das deutsche Publikum nicht dringend genug gewarnt werden kann. Zunächst wird auf die Londoner Firma Bankes, Price & Co. hingewiesen, die Animierbroschüren und Zirkulare versendet. Die Pariser Firma Nicolas Th. Pollack Nachfolger verbreitet in der Provinz das Animierblatt „Revue für Kapitalsanlage und Vermögensverwaltung“. — Das Berliner Tageblatt a. D. L. Persius über die

Eröffnung des Panamakanals.

Die im Jahre 1882 von Frankreich eingestellten Arbeiten wurden 1903 durch die Vereinigten Staaten wieder aufgenommen. Der Kanal wurde als Schleusenkanal gebaut, durch Stauwerke wurden zwei Talsperren geschaffen und zwei Flüsse für den Kanal nutzbar gemacht. Die Dimensionen des Kanals sind: Länge 78 km, Breite zwischen 91,4 und 360 m, Tiefe 12½ m. Sämtliche Schleusen des Kanals sind Doppelschleusen, was ermöglicht, daß Schiffe, die in entgegengesetzter Richtung die Schleusen passieren, gleichzeitig gehoben und heruntergesenkt werden können. Die Gesamtfahrzeit durch den Kanal soll rund zwölf Stunden betragen. Das Anlagekapital des Riesenwerkes beträgt 2,1 Milliarden $, die Unterhaltungkosten mit sämtlichen militärischen Ausgaben jährlich mindestens 120 Mill. $. Dagegen werden die Einnahmen nur auf höchstens 80 Mill. $ pro anno geschätzt, so daß sich ein großer Fehlbetrag ergeben muß, der nur durch die außerordentlich große strategische Bedeutung des Kanals für die Vereinigten Staaten ausgeglichen wird. Denn die Vereinigten Staaten brauchen nunmehr nur noch zwei Flottengeschwader, eins im Atlantischen und eins im Stillen Ozean zu unterhalten. Die erträumte Umwälzung der Weltwirtschaft durch die Kanaleröffnung wird wohl ausbleiben, aber der Verkehr mit den westafrikanischen Häfen und den Samoainseln, der bisher in der Entwicklung zurückgebliebene Auswandererverkehr nach den dünnbevölkerten Ländern an der pazifischen Küste, der Handel der Ostküste der Union nach China und Japan, der Güteraustausch zwischen Nord- und Südamerika, das Tempo der Erschließung Kanadas u. a. m. werden allerdings sehr gewinnen. Zu Bedenken gibt nur die Frage Anlaß, ob die Größenverhältnisse des Kanals der voraussichtlichen Ent-

wicklung des Schiffsbaues entsprechen. Persius kommt auf Grund eines Vergleiches mit den Dimensionen des erweiterten Kaiser-Wilhelm-Kanals zu einer Verneinung der Frage. — In dem gleichen Blatt (16. Mai) ergreift der bekannte Sozialpolitiker Dr. Heinz Potthoff anläßlich des

20jährigen Jubiläums des Deutschen Bankbeamtenvereins

das Wort. Potthoff zieht zunächst eine Parallele zwischen Technikerbewegung und Bankbeamtenbewegung. Bei den Technikern war zunächst der „Harmonieverband", der „Deutsche Technikerverband" vorhanden. Dann wurde der radikal-gewerkschaftliche Bund der technisch-industriellen Beamten im Kampfe gegen diesen begründet, der heute nach zehnjähriger Arbeit 24 000 Mitglieder zählt, während der scharf angegriffene Deutsche Technikerverband mit 30 000 noch immer der stärkere ist. Trotz der unermüdlichen Arbeit der Technikerverbände in den letzten zehn Jahren haben sie für die wirtschaftliche Besserstellung der Techniker so gut wie nichts erreichen können, ihre Errungenschaften sind lediglich idealer, insbesondere politischer Natur. Ein ähnlicher Verbandskampf spielt sich jetzt in der Bankbeamtenbewegung ab, woran der zwanzigste Geburtstag des Deutschen Bankbeamtenvereins erinnert. Der Deutsche Bankbeamtenverein hatte im ersten Jahrzehnt seines Bestehens, das mit 4000 Mitgliedern abschloß, keine größere Bedeutung. Aber im zweiten Jahrzehnt kam in organisatorischer und sozialpolitischer Hinsicht ein großer Zug hinein. Es ist ganz zweifellos mit auf das Konto des Deutschen Bankbeamtenvereins und seiner Arbeit zu setzen, wenn die deutsche Bankbeamtenschaft heute diejenige Angestelltengruppe darstellt, die am meisten in wirtschaftlicher Hinsicht aus eigener Kraft, ohne Hilfe des Gesetzgebers erreicht hat. Die Bankbeamten hatten schon lange vor dem Versicherungsgesetz für Angestellte ihre Pensionskasse mit 30 000 Versicherten, sie haben im Gegensatz zu den meisten anderen Handlungsgehilfen an 250 Plätzen Deutschlands volle Sonntagsruhe, haben relativ gute Urlaubsverhältnisse und haben seit Jahren vielfach die Gewährung von Teuerungszulagen, meist in Höhe eines Monatsgehaltes, erreicht. Ein Blick auf diese Erfolge beweist die Hinfälligkeit der Behauptung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten, der auf dem letzten Verbandstage in einer Resolution dem D. B.-V. vorwarf, daß er dem Emporschreiten der Angestellten im Wege gestanden hätte. Der Allgemeine Verband stellt die radikale Gegenbewegung dar, wie bei den Technikern der Bund der technisch-industriellen Beamten. Er hat dem D. B.-V. im scharfen Kampfe bereits einige Tausend Mitglieder abspenstig gemacht, von denen sich aber nur ein Teil bei ihm organisiert hat, so daß er eigentlich nur erreicht hat, daß heute weniger Bankbeamte als vor seiner Gründung organisiert sind. Der gegenwärtige Zustand der Bekämpfung der beiden Bankbeamtenverbände untereinander ist außerordentlich zu bedauern und bedeutet ein zweckloses Verzehren der besser zur Erkämpfung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Errungenschaften aufgewendeten Kraft. Nur ein Zusammenwirken aller Angestellten mit den Unternehmern ist imstande, die agrarische Reaktion zu überwinden und die soziale Entwicklung zu fördern.

Aus den Börsensälen.

Die matte Börsentendenz in den letzten Wochen war in der Hauptsache nicht die Folge von bestimmten Ereignissen, die in den Reihen der Effektenbesitzer Missstimmung und Unsicherheit hervorzurufen geeignet waren; sie war vielmehr durch Zwangsverkäufe veranlasst, die ganz ausserhalb der die Börse beeinflussenden wirtschaftlichen Faktoren liegen. Es lässt sich natürlich nicht beurteilen, ob die Märkte von allen schwachen Positionen schon vollkommen gereinigt sind; ein Ueberblick ist um so schwerer, als es hierbei auf das jeweilige Kursniveau ankommt. Allein es gewinnt den Anschein, dass die gegenwärtige Epoche als das letzte Stadium des grossen Liquidationprozesses zu betrachten ist, der mit dem Ausbruch des Balkankrieges seinen Anfang nahm. Freilich zeigt sich nach wie vor, dass selbst an den Tagen, an denen die Börse von Zwangsglattstellungen nicht berührt wird, auch keine grössere Kaufbewegung aufzutreten vermag. Die Unsicherheit ist noch zu gross, und sie wird wohl erst dann geschwunden sein, wenn bessere Nachrichten aus der Industrie vorliegen. In den ersten Tagen dieser Woche wollte man an die geringfügige Erhöhung einiger Preise von Fertigfabrikaten am belgischen Eisenmarkt schon die Hoffnung knüpfen, dass ein Umschwung in den so trostlosen Verhältnissen der Eisenindustrie bevorstehe. Solange die überseeischen Länder noch so wenig aufnahmefähig sind, werden gelegentliche Preissteigerungen noch mit Zurückhaltung aufzunehmen sein. Auch die Hoffnung auf eine befriedigende Erledigung der Syndikatsverhandlungen, die zu grösseren Deckungkäufen den Anlass gaben, scheint vorläufig zu weit zu gehen. Es soll nicht geleugnet werden, dass die meisten Eisenwerke ein Interesse daran haben, der Preisschleuderei ein Ende zu bereiten. Selbst im günstigsten Falle dürften aber noch einige Monate vergehen, bis eines der Syndikate zustande gekommen ist, falls die Werke sich überhaupt über die Produktionquoten zu einigen vermögen. Vorläufig scheinen die Verhandlungen wenigstens den einen Erfolg zu haben, dass sie die Händler zur Erteilung etwas grösserer Aufträge veranlassen, weil diese erwarten, dass ein Syndikat sofort die Preise erhöhen werde. Als schon vor einigen Monaten wegen der Gründung eines Stabeisenkartells verhandelt wurde, konnte man fast die gleichen Nachrichten lesen. Die Bemühungen sind jedoch bald wieder gescheitert. Schon diese Erfahrung lehrt uns, dass man auch jetzt schwerlich an einen raschen Erfolg denken kann. Immerhin bürgt die Tatsache, dass diejenigen

Walzwerke, die das Roheisen nicht selbst herstellen, sondern es kaufen müssen, gegenwärtig ohne Nutzen arbeiten, für die Bereitwilligkeit, sich zu einigen.

* *
*

Trotz der im allgemeinen festeren Tendenz war ein Gebiet des Börsenverkehrs einem stärkeren Kursrückgange ausgesetzt. Es sind dies die Aktien der russischen Banken. Gegen Anfang der Woche trat allerdings auch hier eine leichte Erholung ein. Sie konnte jedoch die vorherigen Rückgänge nicht ausmerzen. Es wirkt geradezu erheiternd, wenn man immer wieder liest, dass das russische Finanzministerium in Gemeinschaft mit den Banken „festgestellt" hat, dass kein Grund für den erheblichen Rückschlag vorliege und die Industrie gesund sei. Bis vor wenigen Monaten vermochten die Beschwichtigungversuche auf die Spekulation noch einen Einfluss auszuüben. Seit einiger Zeit ist man jedoch, insbesondere in Paris, so misstrauisch gegen die russischen Banken geworden, dass man sich durch jene Erklärungen nicht mehr abhalten lässt, die Hausseengagements zu lösen. Es kommt bei der Beurteilung der russischen Banken auf die industrielle Lage am wenigsten an, weil der Ertrag aus dem kommerziellen Geschäft, soweit der Depositen- und Kreditverkehr in Betracht kommen, sehr gering ist. Eine massgebende Rolle spielte in den letzten Jahren freilich das Konsortial- und Emissiongeschäft, aber dieses wird nicht durch die industrielle Lage Russlands, sondern durch die schlechten Börsenverhältnisse beeinträchtigt. Die Wirkung der geringen Aufnahmefähigkeit der russischen Börsen auf die Erträgnisse der Banken muss aber viel grösser sein als bei uns, weil diese in übermässigem Umfange ihre Bestände von Konsortialeffekten erhöht haben und nun beträchtliche Verluste erleiden. Man braucht sich nur die Bilanzen anzusehen, um zu erkennen, dass die grossen Gewinnsteigerungen der russischen Banken, abgesehen von dem Ertrag der Konsortialgeschäfte, deren Umfang man aus den Bilanzen nicht ersehen kann, durch höhere Einnahmen auf Zinsenkonto entstanden sind. Die hohen Geldsätze wurden gehörig ausgenutzt, und die jetzige Ermässigung muss daher zu einer Reduktion der Dividenden führen. Wie bekannt ist, besteht in Russland die Vorschrift, in den Geschäftsberichten Nominal- und Kurswert der Effektenbestände im einzelnen anzugeben. Aber diese Vorschrift erstreckt sich nicht auf diejenigen Wertpapiere, die die Banken in Gemeinschaft mit anderen Firmen, also als Mitglieder eines Konsortiums, besitzen. Diese werden vielmehr mit den Debitoren zusammen in einer Summe ausgewiesen, und so ist die Bilanzierung trotz der scheinbaren Genauigkeit noch unklarer als bei uns. Schon vor einigen Monaten wurde an der pariser Börse auf die eigenartige und nicht übersichtliche Bilanzierung der Konsortialeffekten hingewiesen, aber die petersburger Korrespondenten verschiedener Zeitungen bemühten sich, diese Dinge als harmlos hinzustellen, obgleich die Tatsache selbst nicht geleugnet wurde. Der seitdem eingetretene weitere Rückgang der Kurse lässt schon vermuten, dass die Kritik berechtigt war. Man sucht in Russland den Rückschlag natürlich auch mit Nebensächlichkeiten zu begründen und behauptet insbesondere, dass das Vorgehen der Regierung gegen die Aktiengesellschaften das Misstrauen herbeigeführt habe. Allein die Tatsache, dass die Versicherungen des Finanzministers, es sei keine Erschwerung der Industrie geplant, nichts fruchteten, lässt vermuten, dass tieferliegende Gründe für die niedrigere Bewertung der Bankaktien vorhanden sein müssen. Es ist zuzugeben, dass bei den Verkäufen wahrscheinlich auch die matte Tendenz an der pariser Börse eine Rolle spielt; die Verluste, die in den südamerikanischen Werten eingetreten sind, veranlassen auch die Besitzer russischer Bankaktien zur Lösung der Engagements. Aber dies allein kann nicht die ausschlaggebende Rolle spielen. Wenn es auch vielleicht zutreffend ist, dass die russische Industrie bisher von dem internationalen Rückschlag nur wenig gespürt hat, so scheint doch die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Russlands recht unklar zu sein.

* *
*

Am Kassamarkte hatten Eisenwerte eine festere Haltung aufzuweisen. Es traten nach den erheblichen Kursreduktionen einige spekulative Käufe hervor, die auf die Bestrebungen zur Gründung der Syndikate in B-Produkten zurückzuführen sind. Die Börse ging hierbei so wenig wählerisch vor, dass sie sogar die Kurse derjenigen Werke erhöhte, die Roheisen kaufen müssen und daher in ihrer Entwicklung durch das Entstehen der luxemburger Grossbetriebe gehemmt sind. Diese Werke werden selbst in den Zeiten einer besseren Konjunktur unmöglich die früheren Gewinne erzielen können, weil sie zu teuer produzieren. Die Folge der billigeren Selbstkosten bei den luxemburger Werken ist natürlich auch, dass die Preise für die Fertigfabrikate wahrscheinlich nicht mehr das frühere Niveau erreichen können. Eine Kurssteigerung in den Aktien der kleineren Unternehmungen ist um so weniger begreiflich, als die Abschlüsse für das am 30. Juni ablaufende Geschäftsjahr recht ungünstig ausfallen dürften. Schon die Wirkung dieser Abschlüsse steht alsdann voraussichtlich einer Steigerung hindernd im Wege. Bemerkenswert war die matte Haltung in den Aktien der Maschinenfabrik Kappel. Als die Bilanz für das Jahr 1912/13 veröffentlicht wurde, die einen Rückgang der Dividende von 28 auf 10 % brachte, sprach man an der Börse davon, dass die Verwaltung absichtlich sehr grosse innere Reserven gestellt habe, jedoch in der Lage gewesen sei, ein höheres Erträgnis auszuschütten. Zum Teil infolge dieser Gerüchte, ferner aber in Rücksicht auf die gute Fundierung des Unternehmens, hielt sich der Kurs auf einem Niveau, das mit der zuletzt gezahlten Dividende nicht in Einklang steht. Der Rückgang kommt schon aus diesem Grunde nicht überraschend, zumal ja bekannt ist, dass die Lage der Stickereiindustrie im laufenden Geschäftsjahre noch schlechter war als im vorigen.

Es scheinen aber noch andere Umstände massgebend zu sein, die das Angebot in den Aktien hervorrufen. Im vorigen Jahre wurde schon darauf hingewiesen, dass die erhebliche Ermässigung des Gewinnes bei der Maschinenfabrik Kappel offenbar nicht nur auf die Krisis in der Stickereiindustrie zurückzuführen ist, sondern auch mit der starken Konkurrenz der Vogtländischen Maschinenfabrik zusammenhängt. Diese fabriziert den bekannten Stickautomaten, und hierdurch ist es ihr auch gelungen, die Käufer des Automaten für ihre Stickereimaschinen zu interessieren. Dieser Vorsprung scheint sich bei der Maschinenfabrik Kappel immer mehr fühlbar zu machen. Man muss dem diesjährigen Abschluss mit grossem Interesse entgegensehen.

Bruno Buchwald.

Umschau.

n. Gerresheimer Geschäfte. Man schreibt mir: „Dieser Tage hat der Geschäftsbericht einer kleinen rheinischen Terrain-Aktiengesellschaft, der Industrie-Terrains Düsseldorf-Reisholz Aktien-Gesellschaft in Benrath bei Düsseldorf, einen interessanten Einblick in die Verhältnisse des grossen Konzerns der Aktien-Gesellschaft der Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. Ferdinand Heye in Düsseldorf-Gerresheim gestattet, insbesondere in jene vielbesprochene Transaktion, mit der die Gerresheimer Glashüttenwerke im Laufe der jüngsten Jahre das Monopol des belgisch-französisch-deutschen Spiegelglas-Syndikats zu durchbrechen unternahmen. Gerresheim hatte unter der nichtssagenden Firma Chamottefabrik Benrath Aktien-Gesellschaft eine Spiegelglasfabrik gebaut und dieser das Geld dazu selbst und durch nahestehende Kreise im wesentlichen vorschussweise gegeben und auf diese Weise erreicht, dass das Aktienkapital der Chamottefabrik Benrath den bescheidenen und unauffälligen Stand von 400 000 Mark behielt, während tatsächlich in dem Unternehmen etwa 5 Millionen Mark investiert waren. Die Chamottefabrik Benrath decouvrierte sich später als Spiegelglasfabrik Reisholz A-G. und wurde schliesslich, als sie fertig war, ohne weiteres als Tochterunternehmen im Wege des Aktienaustausches und unter Verrechnung der Forderungen gegen Gerresheimer Aktien mit ihrem hohen Agio der Gerresheimer Gesellschaft direkt angegliedert. Die vom Syndikat unabhängige Spiegelglasfabrik war fertig und Gerresheim nahm es zunächst ruhig in Kauf, dass das Spiegelglassyndikat ihm zur Abwehr dieser ersten neuen und mächtigen Konkurrenz in der Dorstener Flaschenfabrik-Aktien-Gesellschaft mit Hilfe der Spiegelglasmanufaktur Gelsenkirchen-Schalke eine Konkurrenz-Flaschenfabrik vor die Nase setzte. Der Geschäftsbericht der Industrie-Terrains Düsseldorf-Reisholz Aktien-Gesellschaft bringt nun unter Abweichung von dem bisherigen Dividendenniveau plötzlich ein Anschwellen der Dividende von zuletzt 10 auf 40 %, während die bisher höchste Dividende vor vier Jahren 15 % gewesen war. Und noch mehr: diese Dividende, die 700 000 Mark ausmacht, soll, ebenso wie die 100 000 Mark Tantiemen gezahlt werden in Aktien der Gerresheimer Glashüttenwerke Aktien-Gesellschaft. Es ist nun ganz interessant, zu verfolgen, wie die Zusammenhänge hier liegen. Man muss dabei vorausschicken, dass die Industrie-Terrains Aktien-Gesellschaft eine Gründung der Familie Heye ist. Die Witwe Ferd. Heye und Herr Hermann Heye, der derzeitige Generaldirektor der Gerresheimer Glashüttenwerke, gründeten diese Terraingesellschaft im Jahre 1898 und brachten für sie bei damals 1,40 Mill. ℳ Kapital (heute beträgt es 1 750 000 ℳ) für etwas über 1 Mill. ℳ in Aktien Terrains in die neue Gesellschaft ein, und zwar 422 ha 65 a und 8 qm. Den Vorsitz im Aufsichtrat führt heute noch Herr Hermann Heye. Heye liess nun die biedere Chamottefabrik Benrath von der Industrie-Terrains Düsseldorf-Reisholz Aktien-Gesellschaft die Grundstücke kaufen, auf denen die jetzige Spiegelglasfabrik gebaut wurde. Freilich wurde diese Transaktion offenbar im Interesse der Geheimhaltung der Geschichte zunächst nicht verrechnet, vielmehr erst im Geschäftsjahr 1913 formell zum Abschluss gebracht und erst jetzt, im Mai 1914, bei Gelegenheit der Ausgabe des Geschäftsberichts der Terrain-Gesellschaft näher bekanntgegeben, da jetzt, nachdem das Spiegelglas-Syndikat Bescheid weiss, nichts mehr zu verheimlichen ist. Die Industrie-Terrains Düsseldorf-Reisholz Aktien-Gesellschaft verkaufte in 1913 über 36 ha Terrains, worunter sich eben die Grundstücke der jetzigen Spiegelglasfabrik Reisholz befinden. Bargeld bekam die Industrie-Terrains-Gesellschaft anscheinend nicht, sondern Aktien der Spiegelglasfabrik Reisholz Aktien-Gesellschaft (vormals Chamottefabrik Benrath Aktien-Gesellschaft). Als diese letztere dann vor einiger Zeit vollkommen von den Gerresheimer Glashüttenwerken übernommen wurde, auf dem Wege des Austausches von Aktien der Spiegelglasfabrik mit neuen Gerresheim-Aktien (Gerresheim erhöhte sein Kapital damals um 1 Mill. ℳ), kamen in den Besitz der Terrains-Gesellschaft grosse Posten Gerresheimer Glashütten-Aktien. Die Bilanz der Terrains-Gesellschaft weist auf Effektenkonto einen Zugang von 720 000 ℳ nach; man darf ohne weiteres annehmen, dass dieser Betrag Aktien die Gerresheimer Glashüttenwerke darstellt. Der Terrainverkauf war für die Industrie-Terrain Aktien-Gesellschaft sehr lukrativ; ihr Bruttogewinn ist nämlich plötzlich von 390 000 auf 990 000 ℳ in die Höhe geschnellt, ihr Reingewinn von 226 000 auf 827 000 ℳ. Sie verteilt jetzt den Gewinn dieses Terraingeschäfts an ihre Aktionäre, indem sie die Dividende von 10 auf 40 % erhöht, die Auszahlung also von 175 000 ℳ auf 700 000 ℳ steigert, während gleichzeitig die Tantiemen von etwa 22 000 ℳ auf über 100 000 ℳ anwachsen. Die Industrie-Terrains Gesellschaft bietet nun für je fünf Dividendenscheine pro 1913 à 40 % eine 1000 ℳ-Aktie der Gerresheimer Glashüttenwerke. Die fünf Dividendenscheine stellen bei 40 % Dividende ein Kapital von 2000 ℳ dar, für das eine Gerresheimer Aktie im gegenwärtigen Kurswert von ca. 230 % gegeben wird. Ebenso wird bei den Tantiemen für 2000 ℳ Tantieme eine Gerresheim Aktie ausgefolgt. Nur wer direkt bar Geld verlangt, kann das bekommen. Würde nun bar Geld überhaupt nicht beansprucht, so müssten insgesamt 850 000 ℳ Gerresheim-Aktien für Dividende und Tantieme hinausgegeben werden. Da nun die Bilanz nur einen Zugang von 720 000 ℳ nachweist, werden — wenn nicht schon früher Gerresheimer Aktien

im Besitze der Terrains-Gesellschaft waren (das Effektenkonto zeigt jetzt total 865 000 ℳ) — so müssen die Grossaktionäre zum Teil mit Bar abgefunden werden. Immerhin etwa drei Viertel der letzten Aktienemission von Gerresheim sind bestimmt im Besitze der Industrie-Terrains Düsseldorf - Reisholz Aktien - Gesellschaft. Bedenkt man, dass die Grossaktionäre dieser letzteren Gesellschaft von der Gründung her ohne Zweifel Mitglieder der Familie Heye sind, so wandert tatsächlich, wie sich ergibt, die letzte Aktienemission der Gerresheimer Glashüttenwerke auf dem doppelten Umweg über die Spiegelglasfabrik Reisholz Aktien-Gesellschaft und die Industrie-Terrains Düsseldorf-Reisholz Aktiengesellschaft in den Besitz der Familie Heye wieder zurück. Diese letztere partizipiert gleichzeitig in beträchtlichem Umfange an den Gewinnen, welche die Terrain - Gesellschaft aus dem Spiegelglasprojekt der Gerresheimer Glashüttenwerke, also des Herrn Heye selbst, erzielte und so zeigt sich hier ein Kreislauf, der immerhin auch das Interesse der Aktionäre der Gerresheimer Glashüttenwerke verdient. Natürlich trifft das Risiko, das der Bau der Spiegelglasfabrik für diese Gerresheim-Aktionäre mit sich bringt, in erster Linie auch wieder den Grossaktionärkreis der Familie Heye. Die Finanzoperation, wie sie in vorstehendem dargelegt ist, lässt aber auch für die aussenstehenden Aktionäre der Gerresheimer Glashüttenwerke-Gesellschaft Vorteile erhoffen, nämlich entweder dann, wenn Gerresheim mit seiner Spiegelglasfabrik gute Erfolge erzielt, oder dann, wenn das internationale Spiegelglas-Syndikat einen Weg findet, die neue Gerresheimer Konkurrenz auf irgendeine Weise — und das wird nicht billig sein — auszuschalten; sei es, dass das Syndikat den neuen Wettbewerb aufkauft, oder dass es ihn für den Verband zu gewinnen weiss durch Einräumung einer hohen Quote. Nun könnte ja freilich die Frage aufgeworfen werden, ob nicht Gerresheim ein grosser Nachteil durch die Dorstener Flaschenfabrik des Spiegelglas-Syndikats entstehen könnte. Das ist nicht sicher: denn Gerresheim beherrscht das grosse internationale Konsortium für das Owens'sche Flaschenpatent und ist in der Lage, die Einräumung einer Lizenz für dieses Patent an die Dorstener Flaschenkonkurrenz zu verhindern. Wenn also das Spiegelglas-Syndikat nicht etwa viele Millionen in einen unrentablen Preiskampf stecken will, so wird Gerresheim diese neue Konkurrenz nicht besonders zu fürchten haben, zumal ja schliesslich Gerresheim stark genug ist, um auch einen preisdrückenden Wettbewerb in Flaschen sehr lange ohne besonders schweren Einfluss auf seine Ergebnisse auszuhalten."

Wehrbeitragszinsen. Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. Görres-Berlin schreibt mir: „Die Veranlagungen zum Wehrbeitrage sind zum grössten Teile erfolgt, die Rechtsmittelfristen in Lauf gesetzt. Durch die Einlegung eines Rechtsmittels wird die Erhebung des veranlagten Wehrbeitrags zu den gesetzlichen Zahlungfristen nicht aufgehalten (§ 50 WBG.). Es ist an der Zeit, darauf hinzuweisen, dass es sich empfiehlt, mit dem Rechtsmittel den Antrag auf Erstattung der 4%igen Zinsen von Zahlung des überhobenen Betrages an zu verbinden. Mit Rücksicht auf die Unbilligkeit, welche in der zinslosen Rückerstattung jahrelang objektiv zu Unrecht einbehaltener Steuerbeträge liegt, bestimmte der Gesetzgeber in § 50, Satz 2 WBG.: „Die auf Grund rechtskräftiger Entscheidung zu erstattenden Beträge sind mit 4 v. H. für das Jahr zu verzinsen", übersah aber leider, den Beginn des Zinsenlaufes festzusetzen. Dies gibt dem Kommentar von A. Hoffmann Veranlassung, den Beginn auf den Tag der Rechtskraft der Rechtsmittelentscheidung zu verlegen. Mit dieser Auslegung ist der Wert der neuen Bestimmung wieder völlig beseitigt. Selbstverständlich hat der Kaufmann, der Industrielle, welcher nach jahrelangem Kampf ums Recht endlich obsiegt, kein Interesse mehr daran, für die 3 oder 8 Tage noch Zinsen zu beziehen, welche nach Rechtskraft bis zur Rückzahlung verstreichen. Für diese Zeit oder für die Zeit einer dann noch eintretenden Verzögerung genügten schliesslich die allgemeinen Vorschriften über Verzug oder unerlaubte Handlung. Was der Gesetzgeber mit der neuen, von dem bisherigen Rückersatzrechte (wenigstens in Preussen. Für Bayern Anspruch auf Verzugszinsen in analoger Anwendung zivilrechtlicher Grundsätze anerkannt. Vgl. Geh. Hofrat Full in J. W. 1914, S. 551) abweichenden Bestimmung erreichen wollte, war offenbar Beseitigung der Unbilligkeit für die Zeit vor der Rechtsmittelentscheidung. Hoffmann argumentiert wie folgt: Von der inneren Begründung der Zinsvorschrift hängt es ab, ob die Zinsen vom Tage der Zahlung oder von Einlegung des Rechtsmittels oder der Rechtskraft der Rechtsmittelentscheidung zu erstatten sind. Als innere Gründe fallen ihm drei auf: Verschuldung des Beamten, ungerechtfertigte Verschuldung und Verzug. Er untersucht sie des einzelnen und findet, dass keiner in diesem Fall zutrifft. Abgesehen davon, dass sämtliche Gründe zivilistischer Natur sind und ihre Anwendung auf das öffentliche Recht fragwürdig ist, scheint Hoffmann mir den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen. Die Verpflichtung auf Rückersatz der Zinsen beruht auf nichts anderem als auf der positiven Gesetzesvorschrift des § 50: obligatio ex lege. Will man eine Analogie ziehen, so kann es nur die aus § 717 CPO. sein. Hiernach ist derjenige zum Schadenersatz verpflichtet, welcher aus einem vorläufig vollstreckbaren Urteil vollstreckt hat. Die Steuerforderungen des Fiskus sind vorläufig vollstreckbar, die Besonderheit besteht diesfalls nur darin, dass der Schaden beschränkt wird auf den gesetzlichen Zins. Mit Hilfe dieser Analogie gelangt man ungezwungen zu dem höchst billigen Ergebnis, dass der Zins zu laufen beginnt mit dem Tage der Zahlung, wie auch nach § 717 CPO. der Anspruch auf Schadenersatz als zur Zeit der Zahlung rechtshängig geworden anzusehen ist."

Russland und Deutschland. Myson schreibt: Der geistvolle alte Prinz von Ligne sagte einmal zu dem Grafen de la Garde auf dem Wiener Kongress: „Eine Sammlung von Vaudevillen würde, wie Ménage von der Geschichte Frankreichs gesagt hat, genügen, das erforderliche Aktenstück zur Geschichte dieses Kongresses zu sein." Dieses boshafte Wort, das vor 100 Jahren fiel, könnte man heute mit Fug und Recht auf die Reden der Minister der verschiedenen Mächte anwenden, wenn sie die respektiven Parlamente über auswärtige Politik aufklären. Diese gesammelten Reden sind gemeinhin auch weiter nichts, wie eine Reihe von harmlosen Vaudevillen, in denen die Herren Staats-

männer in mehr oder minder amüsanter Weise ihrem Publikum einige Gleichgültigkeiten über auswärtige Politik vortragen. Diese Vaudevillen müssten je nach dem Land blau, gelb, rot oder weiss (entsprechend den respektiven Blau- usw. Büchern) gebunden sein und die deutsche nur geheftet, da wir auf die Herausgabe eines Buches verzichten. Sehr selten nur ertönt ein bedeutungsvolles Wort aus dem Mund des gewerbsmässigen Diplomaten, denn, wenn sie wirklich einmal eines sprechen könnten, so tun sie es nicht, weil das volgus profanum der Volksvertreter ihnen zu einer solchen Aussprache im allgemeinen nicht geeignet dünkt. So dürfte man denn auch fest erwarten, dass Herr Gottlieb von Jagow, der in Vertretung des Herrn Theobald von Bethmann die Volksvertreter des Deutschen Reichstags über die auswärtige Lage zu unterhalten hatte, fast noch bedeutungsloser, als sein Chef sonst wohl reden werde. Man hat sich, ich sage erfreulicherweise, in dieser Voraussetzung getäuscht. Herrn von Jagows Rede bot eine grosse Ueberraschung, sowohl in bezug auf den Sprecher selbst, wie auf den Inhalt seiner Worte. Zunächst freilich plätscherten diese Worte murmelnd, wie üblich, dahin, und besagten trotz ihrer grossen Zahl eigentlich gar nichts. Das längst schon Bekannte wurde in abgeschwächter Form repetiert, und das Wissenswerte ward in geradezu homöopathischen Dosen den Hörern vorsichtig verabreicht. Doch plötzlich hörte dieses Plätschern auf, Herrn von Jagows schmächtige, etwas schwächliche Gestalt versuchte sich in die Höhe zu recken, und wenn er auch von seinem Manuskript noch weiterhin abhängig blieb, so sah man doch, wie er von den Gegenstand, über den er sich ausliess, selbst gepackt wurde, und daher klang der Ton seiner Rede schärfer und prononzierter als sonst. Unser Staatssekretär liess sich nämlich über Russlands Verhältnis zu uns aus; oder vielmehr als ein sehr bedächtiger und vorsichtiger Mann, der er ja ist, sprach er beileibe nicht von Russland, dem offiziellen Russland, das liess er vielmehr ganz aus dem Spiel — wenigstens dem ersten Anscheine nach — und wendete sich nur gegen die russische Presse. Kein Mitglied des Reichstags, wie ich meine auch kein Sozialdemokrat, wird nicht im Herzen völlig mit dem übereingestimmt haben, was der Herr Staatssekretär aussprach. Es war eine Mahnung eine sehr ernste Mahnung sogar, dass die dreisten und übermütigen Angriffe der russischen und auch der französischen Presse auf das Deutsche Reich endlich aufhören sollten, weil sie auf die Dauer nicht ganz ungefährlich für die Erhaltung des Friedens sich erweisen könnten. Wer die letzten Monate zurückdenkt, konnte dem Herrn Staatssekretär nur Bravo zurufen, als er so sprach, denn es ist ja Unglaubliches in solchen Angriffen geleistet worden, und wir alle haben uns nach einem kräftigen Wort von seiten unserer Regierung gesehnt. Dass der schüchterne Herr von Jagow berufen war, es zu sprechen, ist keine Ironie, sondern zeigt vielmehr nur, wie **notwendig** dieses Sprechen war. Natürlich schlug Herr von Jagow auf die russische Presse ein — und meinte die Regierung Väterchen Zars, die hinter dieser Presse steht und sie auf uns hetzt. Wir lassen uns aber von keinem Kläffer in die Beine beissen, selbst wenn ein Kosakenoffizier mit dem Kantschu ihn dazu antreibt. Das Nussknackergesicht der russichen Regierung flösst uns keine Furcht ein, und dass man dies jetzt in Petersburg weiss, wird sehr viel dazu beitragen, die grimmigen Falten dieses Antlitzes in ein breites verlegenes Grinsen umzuwandeln. Herr von Jagow hat tausendmal Recht gehabt, dass er seiner sonst so uninteressanten Rede diese sehr angebrachten und sehr interessanten Ausführungen einverleibte. Aber Russland hat in den letzten Tagen auch erfahren, dass man in Berlin und Wien nicht nur durch Reden auf es freundschaftlich zu wirken versucht. Wenn sich in Karlsbad Konrad von Holzendorff mit Herrn von Moltke am Tag vor der Jagowschen Rede traf, so werden die beiden Generalstabschefs in der Hauptsache sich mit der Lage an der russischen Grenze beschäftigt haben und man kann in Petersburg versichert sein, die Herren haben alle Massregeln für alle Fälle dort vorgesehen. Auf den Kongress zu Wien hielt man gleichgültige Reden, feierte Feste — und liess Napoleon unversehens in Frankreich landen. So gleichgültige Reden auch unsere Staatsmänner halten: die Herren von Jagow, Konrad von Holzendorff und von Moltke haben gezeigt, dass wir wenigstens vor so eklatanten Ueberraschungen geschützt sind."

Gedanken über den Geldmarkt.

Eine eigenartige Konstellation herrscht zurzeit an den Geldmärkten, wie man ihr im allgemeinen nicht so häufig begegnet. Nahezu in allen Ländern besteht im Zusammenhang mit einer empfindlichen Abschwächung der industriellen Konjunktur eine stark ausgeprägte Flüssigkeit, die auch im entsprechend niedrigen Niveau der Zins- und Diskontsätze an den meisten Stellen ihren Ausdruck findet. Trotzdem sehen die Börsen und auch die übrigen schärfer die Erscheinungen des Wirtschaftlebens sichtenden Kreise die monetären Verhältnisse nicht ohne ein gewisses Unbehagen an und zwar infolge des eigentümlichen Ganges, den die Goldzirkulation seit Jahresbeginn eingeschlagen hat. Das gelbe Metall fluktuiert nicht mehr nach den Gesichtspunkten des Zahlungausgleichs zwischen den einzelnen Währunggebieten, sondern wird wie eine Ware von einigen dieser Teile unter Anlegung von Preisen absorbiert, die einen Anteil derjenigen Stellen ausschliessen, die das Gold lediglich nach den Normen ihrer Währunggrundlage zu erwerben gewohnt sind. Natürlich kann ein solches Vorgehen, wie es namentlich Russland nunmehr seit Monaten geübt hat, nicht ad infinitum durchgeführt werden, sondern muss schliesslich an der unfehlbar folgenden Entwertung der Landesvaluta sein Ende finden; es kann aber doch Störungen im internationalen monetären Betriebe entstehen lassen, deren Folgen schliesslich auch über die Kreise der Nächstbeteiligten hinaus allgemein fühlbar werden.

Die russische Valuta hat in der verflossenen Woche für die letzten Jahre einen neuen Entwertungrekord erreicht; Reichsmark sind in Petersburg auf ca. 46,75 gestiegen, also etwa ein volles Prozent über die Münzparität, und Paris und London in noch stärkerem Masse, das heisst, die Devisenkurse in Russland haben damit ungefähr wieder das Niveau erreicht, das sie während des russisch-japanischen Krieges eingenommen haben. Die Goldkäufer für Petersburg haben sich nun in der verflossenen Woche zurückgehalten und

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Tag	Ereignisse
Freitag, 22. Mai $5\frac{1}{8}$—$5\frac{3}{8}$%	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — Bankausweise London, Paris, — *Deutschlands Kohlenproduktion, Ein- und Ausfuhr im April.* — *G.-V.:* Fahrzeugfabrik Eisenach, Viktoria Versicherungs-Ges., Franz Seiffert & Co. Akt.-Ges., Hansa-Automobil-Werke, Norddeutsche Automobil- u. Motoren-Akt.-Ges., Schlossbrauerei Kiel. — Schluss der Einreichungfrist Eisen- u. Stahlwerk Hoesch, Bezugsrechts Sächsisch-Thüringische Portland-Cementfabrik Prüssing & Co.
Sonnabend, 23. Mai $5\frac{1}{8}$—$5\frac{1}{4}$%	Bankausweis New York. — *Dekadenausweis Luxemburgische Prinz Heinrich-Bahn.* — *G.-V.:* Staatsbank von Marokko, Harburger Eisen- u. Bronzewerke, Eutin-Lübecker Eisenbahn, Pommersche Eisengiesserei u. Maschinenfabrik, Akt.-Ges. f. Zinkindustrie vorm. Wilh. Grillo, Germania Lebensversicherung Stettin, Pommersche Zuckerfabrik, Internationale Bau-Gesellschaft, Maschinenfabrik Ventzki, Berliner Speditions- u. Lagerhaus Bartz, Plauener Baumwollspinnerei Plauen. — Schluss des Bezugsrechts Busch Waggonfabrik, Bezugsrechts Eschweiler Bank in Eschweiler.
Montag, 25. Mai $5\frac{1}{4}$—$5\frac{1}{2}$%	Essener Börse. — *Dekadenausweis Franzosen, Lombarden.* — *G.-V.:* Simonius Cellulosefabriken, Kamerun Kautschuk Co., Boden Akt.-Ges. Amtsgericht Pankow, Armaturen- u. Maschinenfabrik vorm. Hilpert, Deutscher Lloyd Versicherungs-Ges., Internat. Lloyd Vers.-Ges., Akt.-Ges. f. Maschinenpapierfabrikation Aschaffenburg.
Dienstag, 26. Mai $5\frac{1}{4}$—$5\frac{1}{2}$%	Düsseldorfer Börse. — Prämienerklärung Frankfurt a. M., Brüssel. — *G.-V.:* Dollfus-Mieg & Co., F. Butzke & Co. Akt.-Ges., Butzke Gasglühlicht Akt.-Ges., Deutsch-Ostafrikanische Bank, Handelsbank f. Ostafrika, Elektrizitätswerk Liegnitz, Wayss & Freytag A.-G., Centralverkaufscomptoir v. Hintermauerungssteinen, H. Schlinck & Co., Akt.-Ges. Deutsche Kaliwerke, Braunschweigische Landeseisenbahn, Akt.-Ges. f. Montanindustrie, Diamantenregie des südwestafrikanischen Schutzgebiets.
Mittwoch, 27. Mai $5\frac{1}{8}$—$5\frac{1}{2}$%	Essener Börse. — Prämienerklärung Berlin, Hamburg, Wien, Reports Brüssel. — *G.-V.:* Felten & Guilleaume Carlswerk, Heldburg Akt.-Ges. f. Bergbau, Siemens Elektrische Betriebe, Deutsch-Niederländische Telegraphen Ges. Cöln, Norddeutsche Affinerie Hamburg, Teltower Kanalterrain-Akt.-Ges., Frankfurter Maschinenbau-Akt.-Ges., Pokorny & Wittekind Berlin-Hamburg.
Donnerstag, 28. Mai $5\frac{1}{8}$—$5\frac{1}{2}$%	Essener Börse. — *G.-V.:* Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Ultimoliquidation Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Wien. — *G.-V.:* Schaaffhausenscher Bankverein, Nobel Dynamite Trust-Co., Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn, Bergische Kleinbahnen, Deutsch-Westafrikanische Bank, Westliche Boden-Akt.-Gesellsch., Immobilien-Verkehrsbank i. Liq., Elektrische Strassenbahn Barmen-Elberfeld, Strausberg-Herzfelder Kleinbahn, Oberstein-Idarer Elektrizitätswerke, Allianz Versicherungs-Ges., C. D. Magirus Akt.-Ges., Julius Pintsch Akt.-Ges., Chem. Fabrik Heinrichshall, Union Bau-Ges., Rheinisch-Westfäl. Kohlensyndikat. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Optische Anstalt Görz, Bezugsrechts Union Leipziger Presshefefabriken.
Freitag, 29. Mai $5\frac{1}{8}$—$5\frac{1}{2}$%	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — Ultimoquidation Brüssel. — *G.-V.:* Disconto-Gesellschaft, Deutsch-Asiatische Bank, Consolidirte Alkaliwerke Westeregeln, Continentale Wasserwerks-Ges., Erzgebirgische Dynamitfabrik, Ver. Kammerich, Belter & Schneevogelsche Werke, Hackethal Draht- und Kabelwerke.
Sonnabend, 30. Mai $5\frac{1}{4}$—$5\frac{1}{8}$%	Bankausweis New York. — Lieferungtag Berlin, Hamburg. — Prämienerklärung Paris. — *G.-V.:* Oesterreichische Südbahn, Concordia Cöln Lebensvers.-Ges., Schlesische Kleinbahn-Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechts Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken.

Ausserdem zu achten auf:

Rumänischer Finanzabschluss.

Zulassunganträge (in Mill. *M*):

Berlin: 3 Aktien Frankf. Allg. Versicherungs-Ges., 4 4% Wiesbadener Stadtanl., 1 neue Aktien Grube Leopold, 1 neue Aktien Anhaltische Kohlenwerke, 1 neue Aktien Chem. Industrie Gelsenkirchen-Schalke, 4 $4\frac{1}{2}$% Obl., 8 neue Aktien Eisen- und Stahlwerk Hoesch, 3,4 4% Anleihe der Stadt Remscheid. Frankfurt a. M.: 12 neue Aktien Petersburger Internat. Handelsbank, 2 Aktien Akt.-Ges. Bad Salzschlirf, 50 neue Aktien Deutsche Bank. München: 500 Kr. 4% Ungarische Staatsrentenanleihe 1914. Hamburg: 25 5% Obl. Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft.

Verlosungen:

22. Mai: 3% Crédit fonc. de France Comm.-Obl. (1912). 25. Mai: $2\frac{1}{2}$% Pariser II. Metr.-Eisenb.-Anl. (1904). 1. Juni: 4% Badische 100 Tlr. (1867), $3\frac{1}{2}$% Gothaer Prämien-Pfdbr. (1871), $3\frac{1}{2}$% Köln-Mindener 100 Tlr. (1870), $4\frac{2}{3}$% Neapeler 150 Lire (1868), Oesterreichische 100 Gld. (1864), 3% Türkische 400 Frcs. (1870).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

Frankreich den Vortritt gelassen, es steht aber noch keineswegs fest, ob hier nur ein vorübergehender Verzicht vorliegt, oder den leitenden Männern in Petersburg endlich die Einsicht gekommen ist, wie schädlich die bisherige Politik sowohl den russischen wie auch den internationalen Interessen war.

Dass sie den russischen Interessen kräftigen Schaden zufügt, geht aus der Haltung der Petersburger Effektenbörse hervor. Freilich ist deren Depression in der Hauptsache durch die vorhergegangene starke Gründung- und Emissionsperiode veranlasst, an deren Ueberspannung das System Kokowzow in hervorragender Weise schuld hat, aber es ist doch sicher, dass die Goldkäufe in nicht geringem Masse dazu beigetragen haben, die Deroute zu verschärfen, da die durch sie bedingte Steigerung der Devisenkurse der geängstigsten Spekulation als neues Krisensymptom erscheinen musste. Das regulierende Eingreifen in die Gestaltung des Devisenmarktes, das in der Aera Kokowzow vielleicht allzu häufig geübt wurde, musste gerade jetzt seitens der Finanzorgane einsetzen und, statt die russischen Zahlungverpflichtungen im Anslande durch endlose Goldkäufe noch weiter zu steigern, mussten Staatsbank und Kreditkanzlei der Devisennot durch Verkäufe zu steuern suchen.

Jedenfalls ist die Nervosität in London unter dem Einfluss der ständigen Ausschaltung der Bank von England am Barrenmarkte ganz erheblich gestiegen und die Frage einer Diskonterhöhung wird nunmehr ernstlich erörtert. Da der Privatdiskont dank der Zurückhaltung der Diskontkäufer sich nunmehr ständig in der Nähe der Bankrate hält, erscheint eine solche Massregel zur Abwehr der fremden Konkurrenz nunmehr auch aussichtsvoller als vorher; ob sie wird erfolgen müssen, wird davon abhängig sein, wie sich Russland weiter verhält. Der französische Wettbewerb erscheint im Moment weniger gefährlich, da, wie alle Devisen in London, auch der Check Paris neuerdings zurückgegangen ist. Es besteht hierdurch wenigstens Aussicht, dass die von Südamerika nach London unterwegs befindlchen Sovereigns den Bestimmungsort erreichen, ohne durch Paris abgelenkt werden zu können. Vielleicht werden auch Paris und Petersburg sich in ihrem Verhalten jetzt mehr vorsehen, wo die Frage einer englischen Diskonterhöhung aktueller geworden ist; denn ein solcher Sbhritt in der jetzigen Jahreszeit würde die ohnehin stark deroutierten französischen und russischen Börsen aufs Neue heftig erschüttern müssen.

Am heimischen Markt ist die Flüssigkeit nach dem Medio eher noch intensiver geworden, da die Seehandlung fünfzig Millionen preussischer Schatzwechsel zur Rückzahlung brachte. Auf diese Weise konnte auch eine Ermässigung der Devisenkurse nicht zustande kommen, obgleich von Paris für türkische Rechnung starke Rimessen nach Berlin zu machen sind. Scheck London ist sogar weiter gestiegen und nähert sich bereits dem Goldpunkte. Es wird vielleicht in den nächsten Tagen notwendig werden, dass die Reichsbank mit stärkeren Abgaben in dieser Devise eingreift.

Justus.

Antworten des Herausgebers.

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der Herausgeber des Plutus erteilt grundsätzlich keine Auskünfte über die Solidität und den Ruf von Firmen sowie über die Qualität von Wertpapieren. Alle hier wiedergegebenen Auskünfte sind nach bestem Wissen und eventuell nach eingehender Erkundigung bei Sachverständigen erteilt. Die Auskunftserteilung ist jedoch eine durchaus freiwillige Leistung des Herausgebers, für die er keinerlei vertragliches Obligo übernimmt.

H. K. in Hamburg. Anfrage: „Ich wäre Ihnen zu grossem Dank verpflichtet, wenn Sie mir für eine wissenschaftliche Arbeit einige Literatur (auch ausländische) über das Problem der Arbeitslosigkeit und deren Abhilfe mitteilen würden."

Antwort: Benutzen Sie: Denkschrift des königl. bayerischen Staatsministeriums des Inneren zur Frage der Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung vom 30. November 1913. — Die Arbeitslosenversicherung im In- und Ausland, Sonderbeilage zum Dezemberheft des Reichs-Arbeitsblatt. — „Arbeitslosigkeit, ihre statistische Erfassung und ihre Bekämpfung durch den Arbeitsnachweis." Von Dr. Benno Merkle. — „Die Vergebung der öffentlichen Arbeiten in Deutschland im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit." Eine Erhebung der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In deren Auftrag bearbeitet von Dr. Ernst Bernhard. Berlin 1913. — „Die Reichsarbeitslosenversicherung. Zugleich ein Beitrag zur Arbeitslosenfrage überhaupt." Von Dr. Karl Kumpmann. — „Die Arbeitslosenunterstützung im Reich, Staat und Gemeinde" Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Zweite Auflage Berlin 1914. Verlag der Generalkommission. C. Legien.

W. P. in Amsterdam. Anfrage: „Ein Kurs wird „in etwa" manipuliert. Dieser Wendung bin ich schon wiederholt – nicht im Plutus — begegnet. Darf ich Sie hinsichtlich des Ursprungs jenes „in etwa" um einige aufklärende Zeilen bitten?"

Antwort: Ihre Anfrage bezieht sich wohl auf die im Kurszettel häufig erscheinenden Vermerke „etw. b. G." „etw. b. B." usw. d. h. „etwas bezahlt Geld", „etwas bezahlt Brief". Das Zeichen „b. G." bezahlt Geld bedeutet, dass die an den Kursmakler gelangte Kauforder nur teilweise befriedigt werden konnte. Der notierte Preis wurde „bezahlt", es war aber noch Ware zu diesem Preis gesucht = „Geld". Wenn also z. B. von einer Kauforder von 6000 M. zu 150 % nur 3000 M. ausgeführt werden konnten, so lautet die Notiz „b. G", konnte aber nur wesentlich weniger als die Hälfte der Nachfrage zu dem notierten Kurse befriedigt werden, z. B. bei obigem Beispiel nur 2000 oder 1000 M., so wird der Kursnotiz der Vermerk „etw. b. G." zugefügt. Die Wirkung der verschiedenen Notierung ist folgende: Der Kunde kann von der Bank und diese wiederum vom Makler verlangen, dass ein limitierter Auftrag ungefähr zur Hälfte ausgeführt wird, wenn dem Kurse der Vermerk „b. G." oder „b. B." beigesetzt worden ist, während im allgemeinen nur ein kleinerer Betrag, bei kleinen Aufträgen vielleicht auch gar kein Teil, ausgeführt werden konnte, wenn die Bezeichnung „etw. b. G." oder „etw. b. B." lautet.

W. G. in Chemnitz. Anfrage: „Ich bitte Sie, mir bekanntgeben zu wollen, welche Bücher die wichtigsten Vorschriften der Wechsel- und Wechselstempelgesetze aller Staaten behandeln und ob die Herausgeber dieser Bücher Deckblätter, bedingt durch Gesetzesveränderungen, von Fall zu Fall erscheinen lassen."

Antwort: Die vollständigsten Angaben über die Wechsel- und Wechselstempelgesetze aller Staaten finden Sie in „Die Handelsgesetze des Erdballs“. Herausgegeben von J. Kohler, F. Meyer, H. Dove u. a. m. Die Sammlung ist in 14 Bänden erschienen. Ueber das in Zukunft in zahlreichen Staaten zur Geltung gelangende Welt-Wechselrecht informiert: „Jansen, Der Wechselverkehr nach dem neuen Welt-Wechselrecht.“ M. 1,20.

H. B. in Lichterfelde. Anfrage: „Ich bitte um Namhaftmachung eines nicht zu umfangreichen Werkes, das über das Hypothekenwesen, Beleihung von Grundstücken, gesetzliche Bestimmungen usw. orientiert. Es kommt nur ein in die Praxis einführendes Werk in Frage.“

Antwort: Hallbauer: „Das deutsche Hypothekenrecht (M. 4,—), do. „Das deutsche Grundstücksrecht“ (M. 3,40).

Plutus-Archiv.

Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

§ 138, 157 BGB.

Kein Rechtsanspruch auf Gratifikation. Der Kläger war vom 1. April 1912 bis 21. Oktober 1913 bei der beklagten Bank tätig. Für 1912 hat er Weihnacht- und Abschluss-Gratifikationen erhalten. Er verlangt sie anteilig auch für 1913. Er führt aus: Die Gratifikationen machten über 20% des Gehaltes aus, sodass der Angestellte mit ihnen als einem Teil des Gehalts rechne; infolgedessen habe er einen Rechtsanspruch darauf. Die Beklagte beruft sich auf den Anstellungvertrag. In diesem heisst es: der Angestellte habe keinen Rechtsanspruch auf Gratifikationen; diese seien lediglich freiwillige Zuwendungen; es bleibe dem freien Ermessen der Direktion überlassen, ob und in welchem Umfange sie würden gewährt werden; auf keinen Fall bekomme sie derjenige Angestellte, der sich zurzeit ihrer Auszahlung nicht mehr bei der Bank oder in gekündigter Stellung befinde. Das Gericht weist die Klage ab: der freie Vertragswille dürfe nicht in der Weise gebunden werden, dass eine solche Vereinbarung, wie sie der Vertrag enthalte, für unzulässig erklärt werde. Es sei der freie Wille des Klägers gewesen, die Stellung unter jenen Bedingungen anzunehmen. (Urteil der I. Kammer vom 30. April 1914.) — Die Kammer scheint jetzt ihre frühere Ansicht, wonach in solchen Fällen trotz abweichender Vertragsbestimmung ein Anspruch auf die Gratifikation bestehe, endgiltig aufgegeben zu haben. (Vergl. Plutus 1912 S. 581 und 1913 S. 489.)

§§ 138, 158 BGB.

Bedingtes Engagement. Der Kläger ist als Provisionsreisender angenommen worden. Die Beklagte wendet ein, er sei nur unter der Bedingung engagiert worden, dass gleichzeitig mit ihm ein zweiter Herr auf die Reise gehe; da dieser aber nicht angetreten sei, so sei dass Engagement nicht zustande gekommen. Das Gericht verurteilt: die Beklagte habe dem Kläger Ersatz zu leisten. Es sei nicht angängig, einen Angestellten zu engagieren unter der Bedingung, dass noch ein anderer komme. (Urteil Nr. IV, Kammer vom 15. Mai 1914.) — Die Entscheidung besagt, dass ein Engagement nicht unter einer Bedingung abgeschlossen werden könne, deren Erfüllung vom Angestellten unabhängig sei.

§ 59 HGB.

Ein Redakteur ist kein Handlunggehilfe. Nach einem Urteil der I. Kammer vom 19. März 1914 ist der Redakteur einer Zeitschrift nicht Handlunggehilfe, auch wenn er Prokura besitzt und mit den Rechercheuren abrechnet, mit Kassawesen und Buchführung aber nichts zu tun hat.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Weltverkehr und Weltwirtschaft. Herausgegeben von Dr. Richard Hennig. 3. Jahrgang 1913/14. Nr. 11. Februar 1914. Preis des Jahrgangs 10,— *M*, Einzelnummer 2,— *M*. Berlin-Wilmersdorf, Hermann Paetel Verlag, G. m. b. H.

Zur neuzeitlichen Entwicklung des Kolonialhandels. Von Prof. Dr. A. Oppel-Bremen. — Frankreichs projektierter „Canal du Nord-Est“. Von Dr. M. Urville-Paris. — Die strategische Bedeutung der Bagdadbahn. Von Dr. K. Simon-Lausanne. — Ein Wendepunkt in der Auswanderung nach Nordamerika. Von Dr Ernst Schulze-Grossborstel. — Trübe Aussichten für die Wasserversorgung des Panamakanals. Von Oberingenieur a. D. W. Ewald-Charlottenburg. — Verkehrspolitische Tagesfragen. — Chronik neuer Tatsachen und Projekte.

Die Fehlerquellen in der Statistik der Nationalitäten. Von Ludwig Bernhard, ord. Prof. der Staatswissenschaften an der Universität Berlin. Vorwort zu: „Die Polen in Oberschlesien. Eine statistische Untersuchung“. Von Dr. Paul Weber. Berlin 1914, Julius Springer.

Der politische Charakter der Nationalitätenzählung. — Die Fehlerquellen in der Statistik der „verwandten Sprachen“. — Die Fehlerquellen in der Statistik der „Zweisprachigen“. — Die Fehlerquellen in der Organisation der Zählung. — Gesetz oder Verordnung. — Reichsangelegenheit oder preussische Angelegenheit. — Der Einfluss politischer Behörden. — Die Berichterstattung.

Zur Agrartheorie und -politik der deutschen Sozialdemokratie. 2. Heft der Schriften der Münchener Freien Studentenschaft. München, Verlag Georg C. Steinicke.

Wie erlange ich den Meistertitel im Handwerk? Leitfaden zur Vorbereitung auf die theoretische Meisterprüfung und Lehrbuch für Meisterkurse, auf Grund der neuesten gesetzlichen Vorschriften bearbeitet von Dr. sc. pol. Richard Pape, Syndikus der Handwerkskammer zu Gumbinnen. 3. Auflage, 7./9. Tausend. Preis brosch. 1,— *M*. Insterburg 1914, Verlag von Joh. Krauss Nachfolger.

Allgemeines über den Meistertitel. — Die Prüfungordnungen zur Meisterprüfung. — Fach- und Berufskunde. — Buchführung und Wechsellehre. — Die gesetzlichen Vorschriften betr. das Gewerbewesen oder das Handwerkerrecht. — Arbeiterschutz im Handwerk. — Arbeiter- und Angestelltenversicherung. — Das Genossenschaftwesen. — Das Konkursverfahren. — Sonstige gesetzliche Vorschriften, welche für das Handwerk von Bedeutung sind.

Berlin-Bagdad. Neue Ziele mitteleuropäischer Politik. Von Dr. K. von Winterstetten. 5., neu bearbeitete Auflage. Preis brosch. 1,— *M.* München 1914, J. F. Lehmanns Verlag.

Bericht über den Rheinisch-Westfälischen Kuxenmarkt für das Jahr 1913 und Statistische Mitteilungen über die wichtigsten Kohlen- und Kali-Gewerkschaften. Herausgegeben von der Bergisch-Märkischen Bank, Düsseldorf. Düsseldorf 1914, Verlag von Schmitz & Olbertz.

Der Streit um die Wehrsteuer (Die Sonderbesteuerung der vom Militärdienst Befreiten). Von Dr. phil. Fedor Strahl. Preis geh. 6,— *M.* 7. Heft der Finanzwirtschaftlichen Zeitfragen. Herausgegeben von Professor Dr. Georg von Schanz und Prof. Dr. Julius Wolf. Stuttgart 1913, Verlag von Ferdinand Enke.

Die Wehrsteuervorlage Bismarcks. — Die Wehrsteuerdebatten in der Zeit Miquels. — Die Wehrsteuerdebatten anlässlich der Erweiterung der Veteranenfürsorge während der 10. und 11. Legislaturperiode des Reichstags. — Die Agitation für die Wehrsteuer während der Reichsfinanzreform von 1906. — Die Agitation für die Wehrsteuer in der „Block"ära. — Der Wehrsteuerzuschlag von 1909. — Die Wehrsteuerkonferenz im Reichsschatzamt. — Die Möglichkeit der Wehrsteuer.

Selbstkostenberechnung und moderne Organisation von Maschinenfabriken. Von Herbert W. Hall, Dipl.-Ing. und Fabrik-Betriebsdirektor a. D. Preis brosch. 4,— *M.* München und Berlin 1913, Druck und Verlag von R. Oldenbourg.

Die Grundzüge der Selbstkostenberechnung und der modernen Organisation. — Die Materialien. — Auswärtige Bestellungen von Materialien. — Materialausgabe aus den Magazinen. — Die Magazinbuchführung. — Bestellung der Gussstücke bei der eigenen Giesserei. — Bestellung der Stahlgussstücke von auswärts. — Eigenbedarfsbestellungen von Halbfabrikaten und Teillagerbestandteilen. — Die Kalkulationsmethode. — Die Berechnung der Selbstkosten im Kalkulationsbureau. — Die übrigen Arbeiten des Kalkulationsbureaus. — Die Erstellung von periodischen Ergebnisrechnungen. — Die Bestimmung der Grenzpreise. — Die Bedeutung der Maschinenstundenkosten. — Die Anwendung der Kalkulationsformel.

Das Bankgeschäft von Dr. Georg Obst, Bankdirektor a. D., Dozent an der Handelshochschule Leipzig. Band I. Verkehrstechnik und Betriebseinrichtungen. Preis geh. 12,— *M*, gebd. 13,50 *M.* Leipzig, Verlag Carl Ernst Poeschl.

Aufgaben des Bankwesens. — Unternehmungformen im Bankbetriebe. — Geschäfte der Banken. — Zahlungvermittlung. — Uebersicht über Zahlungmittel und Zahlungmethoden. — Scheckverkehr. — Abrechnungverkehr (Clearing, Skontration). — Giroverkehr. — Die internationalen Zahlungausgleichungen. — Das Inkassogeschäft. — Das Valutengeschäft und der Edelmetallhandel. — Kreditgewährung. — Begriff und Arten des Kredits. — Ueberblick über Kreditgeschäfte. — Der Kontokorrentverkehr. — Das Diskontierunggeschäft. — Das Lombard- und Reportgeschäft. — Kreditgewährung gegen Bürgschaft. — Das Akzeptgeschäft. — Das Hypothekengeschäft. — Kapitalverwaltung. — Das Depositengeschäft. — Das Gründung-Anleiheübernahme- und Emissionsgeschäft. — Das Effektengeschäft. — Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. — Bankenorganisation. — Organisation eines Provinzialbankgeschäftes. — Organisation einer Berliner Grossbank. — Organisation einer grossen Provinzialbank, schematisch dargestellt. — Organisation der Deutschen Reichsbank. — Organisation der Seehandlung und der Preussischen Central-Genossenschaftkasse. — Organisation einer grossen Sparkasse. — Organisation einer französischen Grossbank.

Redekunst. Anleitung zum mündlichen Vortrage. Von Roderich Benedix. Siebente Auflage, durchgesehen und ergänzt von Martin Seydel. Preis 1,50 *M.* Leipzig 1913, Verlag von J. J. Weber, Illustrierte Zeitung.

Die Reinheit und Deutlichkeit der Aussprache. — Die Betonung. — Die Schönheit des Vortrags.

Statistische Angaben für Börseninteressenten. Herausgegeben von der Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin W.

Das amerikanische Zollverwaltungswesen. Nach dem Gesetz vom 3. Oktober 1913. Eine Einführung. Preis brosch. 3,— *M.* Herausgegeben von der Geschäftsführung des Centralverbandes Deutscher Industrieller. Januar 1914.

Die Grundlagen des amerikanischen Zollwesens. — Wareneingang und Zollabfertigung. — Versandpapiere. — Wertangabe und -ermittlung. — Fehlmengen, Verlust, Beschädigungen. — Beanstandung. — Berufung. — Durchfuhrverkehr. — Wiederausfuhr. — Lagerung unter Zollverschluss. — Zollzahlung und Sicherheitleistung. — Regierungagenten. — Zollhausmakler und Anwalt.

Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Gegründet von Bruno Hildebrand. Herausgegeben von Dr. J. Conrad. In Verbindung mit Dr. Edg. Loening, Dr. W. Lexis, Dr. H. Waentig. 102. Band. III. Folge. 47. Band. Zweites Heft. Februar 1914. Nebst volkswirtschaftlicher Chronik, Dezember 1913. Preis des Heftes 5,— *M.* Jena 1914, Verlag von Gustav Fischer.

Die Fleischteuerungfrage. Von Joh. Conrad. — John Sturat Mill als Sozialpolitiker. Von Hans Gehrig. — Zur badischen Eisenbahngeschichte. Von Ernst Müller. — Statistische Uebersicht über die Ehescheidungen in den wichtigsten Kulturländern. — Der Kursstand der deutschen Staatsanleihen. Von Ernst Heinemann.

Arbeitsrecht. Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten. In Vierteljahrsheften. Herausgegeben von Dr. Heinz Potthoff, Düsseldorf, Dr. Hugo Sinzheimer, Frankfurt a. M. Jahrgang 1. Heft 1. Februar 1914. Jahrespreis 6,— *M.* Stuttgart, Verlag von J. Hess.

Der Einfluss der Versicherunggesetze auf das Arbeitrecht. Von Stadtrat v. Frankenberg. — Arbeitgerichte und Rechtsverwaltung. Von Rechtsanwalt Dr. G. Baum, Berlin. — Die Fortbildung des allgemeinen Arbeitrechtes in Oesterreich. Von Dr. S. Grünberg, Wien. — Die Anfänge eines internationalen Arbeitrechtes. Von Prof. Dr. Ernst Francke. — Einheitliches Dienstrecht für Angestellte. Von Dr. Heinz Potthoff.

Entwurf des Reichsbudgets für das Jahr 1914 mit einer erläuternden Denkschrift des Finanzministers. I. Teil. St. Petersburg.

Erläuternde Denkschrift zum Entwurf des Reichsbudgets. — Die Lage des Staatsschatzes in den Jahren 1912 und 1913. — Allgemeine Erläuterungen zum Budgetentwurf für das Jahr 1914. — Eingehende Erläuterung der ordentlichen Einnahmen nach dem Budgetentwurf für das Jahr 1914. — Eingehende Erläuterung der ordentlichen Ausgaben im Budgetentwurf für das Jahr 1914. — Die ausserordentlichen Ausgaben im Budgetentwurf für das Jahr 1914 und die Mittel zu ihrer Deckung. — Entwurf des Reichsbudgets für das Jahr 1914.

Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Centralverbandes Deutscher Industrieller. Nr. 128. Herausgegeben von Dr. jur. Schweighoffer, Generalsekretär des Centralverbandes Deutscher Industrieller. Oktober 1913. Preis brosch. 2 — *M.* Berlin 1913, J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.

Sitzung des Ausschusses des Centralverbandes Deutscher Industrieller am 15. September 1913. — Delegiertenversammlung des Centralverbandes Deutscher Ingenieure am 15. September 1913. — Empfang durch den Rat der Stadt Leipzig und Festsitzung des Centralverbandes Deutscher Industrieller am 15. September 1913. — Gemeinsame Tagung deutscher und österreichischer Industrieller am 16. September 1913.

Leitfaden bei der Einrichtung und Durchführung des Scheck- und Giro-Verkehrs bei Sparkassen. Von J. Cremer, Direktor der Stadtsparkasse Aachen, Bankrevisor a. D. Im Selbstverlag herausgegeben. Preis 2,10 *M.* Aachen 1914, La Ruellesche Akzidenzdruckerei.

Ist der „geldlose Zahlungverkehr eine Sparkassenaufgabe? — Warum sollen die Sparkassen sich mit der Einführung moderner Zahlunggebräuche beeilen? — Scheck

auf Spargutbaben oder Kontokorrentverkehr oder beides? — Der Barscheck. — Die Giroanweisung. — Die Sammelanweisung. — Der Zahlschein. — Die Unterschriftprobe. — Das Girotagebuch. — Vordatierte Schecks. — Eigene Schecks der Sparkasse. — Inkassoschecks. — Scheckunfug. — Wechsel, zahlbar bei der Sparkasse. — Wertpapierankauf. — Missbrauch des Scheckkontos. — Den Banken geschieht kein Abbruch. — Anschluss an die Girozentralen.

Die wirtschaftliche Entwicklung von Alaska. Ein Beitrag zur Geschichte und Theorie der Konzentrationsbewegung. Von Edgar Salin. Mit einer Karte von Alaska. Ergänzungsheft XII des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Preis dieses Bandes brosch. 5,— *M.*, gebd. 6,— *M.* Tübingen 1914, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Einführung in die geschichtlichen und geographischen Verhältnisse. — Deskriptive Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse. — Die agraren Ertragsquellen. — Die industriellen Ertragsquellen. — Die Transportverhältnisse. — Systematish-theoretische Zusammenfassung. — Die Konzentrationsbewegung. — Die Zusammensetzung und die Bedeutung der Alaska-Syndikate. — Ursachen und Verlauf der modernen Konzentrationsbewegung. — Der Einfluss der Konzentrationsbewegung auf die Kolonisation. — Wirtschaftpolitische Folgerungen.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen **sämtlicher** deutscher Aktiengesellschaften.)

Aachener Lederfabrik A.-G., Aachen, 6. 6., 3. 6., 15. 5. • A.-G. Badenia, Offenburg, 23. 6., 15. 6., 11. 5. • A.-G. Bielefelder Reitbahn, Bielefeld, 29. 5., —, 12. 5. • Actien-Gesellschaft Fährhof Aarösund, Aarösund, 27. 5., —, 9. 5. • A.-G. Görlitzer Nachrichten und Anzeiger, Görlitz, 29. 5., —, 11. 5. • A.-G. Kurhaus Eilenriede, Hannover, 23. 5., —, 11. 5. • A.-G. Mechanische Bautischlerei und Holzgeschäft, Oeynhausen, 6. 6., —, 5. 5. • A.-G. Städt. Schwimmbad Friedberg, Friedberg, 6. 6., —, 13. 5. • A.-G. Tonwerke Wübbenhorst, Delmenhorst, 5. 6., 1. 6., 15. 5. • A.-G. für Betonbau Diss & Co., Düsseldorf, 6. 6., 31. 5., 15. 5. • A.-G. für Leinen- und Baumwollindustrie, M.-Gladbach, 5. 6., —, 1. 5. • Actien-Maschinenbauanstalt vorm. Vennleth & Ellenberger, Darmstadt, 29. 5., 26. 5., 12. 5. • Actien-Reitbahn zu Plauen i. V., Plauen i. V., 29. 5., —, 14. 5. • Actien-Zuckerfabrik Liessau, Dirschau, 4. 6., 2. 6., 5. 5. • Adolfshütte, Kaolin- und Chamottewerke A.-G., Bautzen, 6. 6., 3. 6., 2. 5.

Boden-A.-G. Steglitz, Berlin, 6. 6., 1. 6., 9. 5. • Braunkohlen- und Brikettwerk Berggeist A.-G., Brühl, 4. 6., 2. 6., 13. 5. • Bremer Lederfabrik A.-G., Bremen, 6. 6., 3. 6., 13. 5. • Bronzefarbenwerke A.-G. vorm. Carl Schlenk, Barnsdorf, 6. 6., 30. 5., 12. 5.

Chemische Fabrik für Hüttenprodukte A.-G., Düsseldorf, 3. 6., —, 12. 5. • Continentale Wasserwerks-Gesellschaft, Berlin, 29. 5., 24. 5., 9. 5.

Dauerwäsche-A.-G., Berlin, 6. 6., —, 2. 5. • Deutsche Afrika-Bank A.-G., Hamburg, 4. 6., —, 9. 5. • Deutsche Magneta-A.-G., Fabrik elektr. Uhren, Köln a. Rh., 6. 6., 4. 6., 5. 5. • Deutscher Lehrmittel-Verlag A.-G., Berlin, 3. 6., —, 9. 5. • Disconto-Gesellschaft Berlin, Berlin, 29. 5., 20. 5., 11. 5. • Düsseldorfer Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft für See-, Fluss- und Landtransport, Düsseldorf, 28. 5., —, 9. 5.

Richard **E**ckert & Co. A.-G., Rudolstadt, 3. 6., 31. 5., 14. 5. • Eisenbetonpfahlbauten Patent Frankignoul A.-G., Luxemburg, 29. 5., 24. 5., 12. 5. • Eisenwerk G. Meurer A.-G., Dresden, 5. 6., 3. 6., 8. 5. • Eisenwerk (vorm. Nagel & Kaemp) A.-G., Hamburg, 6. 6., 4. 6., 9. 5. • Emder Verkehrsgesellschaft A.-G., Emden, 29. 5., —, 11. 5. • Estol-A.-G. vorm. Soff & Reichenburg, Mannheim, 6. 6., —, 1. 5.

Fabrik feuerfester und säurefester Produkte A.-G. i. Liqu., Berlin, 13. 6., —, 14. 5. • Oscar Falbe A.-G., Berlin, 4. 6., 1. 6., 13. 5.

Ludwig **G**anz A.-G., Mainz, 9. 6., 5. 6., 14. 5. • Gaswerk Gross- und Klein-Räschen A.-G., Bremen, 4. 6., 1. 6., 13. 5. • Gaswerk Nemich A.-G., Luxemburg, 6. 6., 3. 6., 5. 5. • Gaswerk Veithöchsheim A.-G., Bremen, 5. 6., 2. 6., 14. 5. • Gemeinnützige Baugesellschaft A.-G., Lüneburg, 26. 5., 24. 5., 11. 5. • Gemeinnützige Baugesellschaft für Aachen und Burtscheid, Aachen, 28. 5., —, 13. 5. • „Gott-mit-uns"-Grube A.-G. für Steinkohlenbergbau, Berlin, 2. 6., —, 14. 5.

HadersleV Bank, Hadersleben, 29. 5., —, 13. 5. • Handelsgesellschaft ländl. Genossenschaften A.-G., Berlin, 3. 6., 1. 6., 5. 5. • Hannoversche Kaliwerke A.-G., Berlin, 5. 6., 2. 6., 8. 5. • „Hansa" Allgemeine Versicherungs-A.-G., Hamburg, 29. 5., —, 14. 5. • Hotel-A.-G. Fürth i. Liqu., Fürth, 4. 6., —, 9. 5.

Kaiserbrauerei A.-G., Kiel, 5. 6., 1. 6., 13. 5. • Kalkwerk Blickweiler A.-G., Blickweiler (Pfalz), 3. 6., 29. 5., 7. 5. • Kleinbahn Piesberg—Rheine A.-G., Osnabrück, 3. 6., —, 14. 5. • Kohlensäurewerke C. G. Rommenhöller A.-G., Rotterdam, 30. 5., 27. 5., 9. 5. • Kollmar & Jourdan A.-G., Pforzheim, 6. 6., 3. 6., 7. 5. • Konzerthaus-Gesellschaft, gemeinnützige A.-G., Heidenheim, 5. 6., —, 8. 5. • Kunstanstalt vorm. Etzold & Kiessling A.-G., Leipzig, 27. 5., —, 9. 5. • Kuranstalt Hainstein A.-G., Eisenach, 3. 6., —, 13. 5.

Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland, Berlin, 4. 6., 31. 5., 30. 4. • Leipziger Krystall-Palast A.-G., Leipzig, 29. 5., 25. 5., 11. 5. • Lippische Zuckerfabrik zu Lage, Lage, 29. 5., —, 12. 5.

C. G. **M**aier A.-G. für Seeschiffahrt, Spedition und Commission, Mannheim, 5. 6., —, 14. 5. • Malmedy-Werke A.-G., Aachen, 3. 6., 30. 5., 14. 5. • Martini & Hünecke Maschinenbau-A.-G., Berlin, 28. 5., 24. 5., 12. 5. • Maschinenbau-A.-G. Tigler, Düsseldorf, 6. 6., —, 7. 5. • Maschinen- und Armaturenfabrik vormals C. Louis Strube A.-G., Magdeburg, 5. 6., 2. 6., 14. 5. • Mechanische Kratzenfabrik Mittweida, Mittweida i. Sa., 29. 5., —, 13. 5. • Meess & Nees A.-G., Beton- und Eisenbetonbauten in Hoch- und Tiefbau i. Liqu., Karlsruhe, 6. 6., 30. 5., 30. 4.

Norddeutsche Eiswerke A.-G., Berlin, 4. 6., 28. 5., 12. 5. • Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft, Hamburg, 4. 6., —, 15. 5. • Nord-West-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft, Hamburg, 4. 6., —, 15. 5.

Oppelner Hafen A.-G., Oppeln, 28. 5., —, 9. 5. • Ostafrikanische Pflanzungs-A.-G., Berlin, 25. 5., 22. 5., 14. 5.

Poldihütte Tigelgussstahlfabrik, Wien, 4. 6., 27. 5., 14. 5. • Portland-Cementfabrik Drachenberg A.-G., Hannover, 28. 5., 24. 5., 9. 5. • Portland-Cementwerk Saturn, Hamburg, 30. 5., 29. 5., 14. 5. • Press- und Walzwerk A.-G., Reisholz b. Düsseldorf, 6. 6., 2. 6., 13. 5. • Preussische Immobilien-Verwaltungs-A.-G., Berlin, 27. 5., 23. 5., 9. 5.

Hermann **R**einers & Söhne A.-G., Ratibor, 20. 5., —, 9. 5. • Reiss & Martin A.-G., Berlin, 3. 6., 31. 5., 28. 4. • Rheinisch-Schlesische Versicherungs-Bank A.-G., Berlin, 28. 5., 26. 5., 9. 5. • Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat, Essen (Ruhr), 28. 5., —, 9. 5.

Sanatorium Elisabethenberg A.-G., Stuttgart, 5.6., 1.6., 11.5. ● Sylter Dampfschiffahrts-Ges. A.-G., Westerland, 2.6., 29.5., 7.5.

Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin, 5.6., 2.6., 4.5. ● Schles. Accumulatorenwerke A.-G. i. L., Breslau, 6.6., 5.6., 14.5. ● Schönebeck-Elmener Strassenbahn A.-G., Schönebeck a. E., 27.5., 24.5., 11.5.

Conrad Tack & Cie. A.-G., Berlin, 3.6., 28.5., 11.5. ● Terrain- und Baugesellschaft Südende-Karlsruhe A.-G., Karlsruhe, 6.6., 2.6., 13.5. ● Thüringer Landeszeitung, Druckerei und Verlag A.-G., Gotha, 30.5., —, 14.5. ● Tiefbau- und Bodenkultur A.-G., Berlin, 6.6., —, 11.5.

Ueberlandzentrale Stralsund A.-G., Stralsund, 3.6., 1.6., 14.5.

Vereinigte Chemische Fabriken Ottensen-Brandenburg vorm. Frank, Hamburg, 3.6., 28.5., 14.5. ● Vereinigte Deckenfabriken Calw A.-G., Calw, 20.6., 17.6., 14.5.

Waren-Einkaufs-Verein Lauban, Lauban, 4.6., —, 15.5. ● Westafrikanische Pflanzungs-Gesellschaft „Victoria", Berlin, 28.5., 23.5., 9.5.

Zuckerfabrik Brühl A.-G., Brühl, 4.6., —, 13.5. ● Zuckerfabrik Güstrow A.-G., Güstrow, 23.5., —, 12.5. ● Zuckerfabrik Nauen, Nauen, 6.6., —, 12.5. ● Zuckerfabrik Papenteich, Meine, 29.5., —, 13.5.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Goslar in Charlottenburg.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Essener Credit-Anstalt in Essen-Ruhr.

Zweigniederlassungen in: Altenessen, Bocholt, Bochum, Borbeck, Bottrop, Dorsten i. W., Dortmund, Duisburg, D.-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamborn, Hattingen, Herne, Homberg a. Rh., Iserlohn, Lünen a. d. Lippe, Mülheim-Ruhr, Münster i. W., Oberhausen (Rhld.), Recklinghausen, Wanne, Wesel u. Witten.

Aktien-Kapital und Reserven 116 Mill. Mark.

Telegramm-Adresse: **Creditanstalt.** [5602

Fernsprech-Anschluss: **Essen Nr. 8160 bis 8175.**

Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom 19. Mai 1914, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Gesucht	Angeboten
Kohlen.		
Adler bei Kupferdreh	4100	4225
Alte Haase	1225	1325
Blankenburg	—	1800
Brassert	9800	10100
Caroline	2600	2850
Carolus Magnus	5700	5950
Constantin der Gr.	50500	—
Diergardt	2800	2850
Dorstfeld	9700	10000
Ewald	40000	41500
Friedrich der Grosse	—	26500
Fröhliche Morgensonne	8800	—
Gottessegen	2625	2725
Graf Bismarck	—	60000
Graf Schwerin	11600	12400
Heinrich	5250	5450
Helene & Amalie	19000	19600
Hermann I/III (3000 Kuxe)	4750	4850
Johann Deimelsberg	6300	6700
König Ludwig	29400	31000
Langenbrahm	—	16300
Lothringen	28000	—
Mont Cenis	17200	17600
Oespel	3600	3700
Rudolf	450	500
Schürb. & Charlottbg.	2100	2225
Trappe	1725	1950
Trier (3000 Kuxe)	6650	6750
Unser Fritz	16200	16600
Westfalen (10 000 Kuxe)	1600	1675
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	1950	2050
Bruckdorf-Nietleben	—	1400
Germania	—	975
Gute Hoffnung	4300	4600
Humboldt	1350	1425
Leonhard	—	6900
Lucherberg	—	1250
Michel	—	8150
Neurath	1050	1200
Prinzessin Victoria	1400	1500
Schallmauer, Braunk.	4000	4100
Wilhelma	—	—
Kali-Kuxe und -Anteile.		
Alexandershall	10150	10400
Aller Nordstern	1400	1475
Beienrode	3350	3500
Bergmannssegen	6700	6900
Braunschweig-Lüneburg	2400	2650
Burbach	9250	9600
Buttlar	—	800
Carlsfund	4950	—
Carlsglück	1275	1350
Carlshall	2050	2150
Carnallshall	3100	3300
Deutschland, Justenbg.	—	—
Einigkeit	4350	4425
Fallersleben	1550	1625
Felsenfest	3225	3300
Gebra	4750	4950
Glückauf, Sondershausen	18500	19400
Günthershall	4350	4450
Hansa Silberberg	5300	5550
Hedwig	1600	1650
Heiligenmühle	900	975
Heiligenroda	10500	10700
Heimboldshausen	2275	2350
Heldrungen I	800	875
Heldrungen II	1000	1075
Herfa	2800	2900
Heringen	5450	5650
Hermann II	1350	1450
Hohenfels	5300	5450
Hohenzollern	7000	7200
Hugo	9150	9300
Hüpstedt	282[illegible]	2925
Immenrode	4050	4200
Irmgard	800	875
Johannashall	—	3700
Kaiseroda	6450	6600
Mariaglück	1550	1650
Marie	3450	3600
Marie-Louise	3200	3350
Max	3750	3850
Meimerhausen	1100	1200
Neurode	2800	2900
Neusollstedt	3250	3325
Neustassfurt	12600	12900
Oberröblingen	75	125
Prinz Eugen	5600	5800
Ransbach	2225	2350
Reichenhall	1600	1650
Rothenberg	2250	2300
Sachsen-Weimar	7300	7500
Salzmünde	5625	5750
Siegfried I	—	5325
Siegfried-Giesen	3700	3900
Theodor	5600	5800
Thüringen	3000	3200
Volkenroda	7100	7250
Walbeck	3600	4000
Walter	1425	1500
Weyhausen	3200	3400
Wilhelmine	1375	1450
Wilhelmshall	—	9100
Wintershall	19500	20500
Kali-Aktien.		
Adler Kaliwerke	40%	42%
Bismarckshall	107%	109%
Hallesche Kaliwerke	56%	58%
Hattorf	109%	111%
Heldburg	33%	35%
Justus Act.	88%	90%
Krügershall	107%	109%
Ronnenberg Act.	81%	83%
Salzdethfurt	297%	305%
Steinförde	30%	32%
Teutonia	54%	56%
Erzkuxe.		
Apfelbaumer Zug	550	600
Eiserner Union	1025	1160
Fernie	2650	2750
Flick	80	100
Freier Grunder Bgw.-V.	—	700
Ver. Henriette	975	1050
Louise Brauneisenst.	1750	1800
Neue Hoffnung	5	15
Wilhelmine	1275	1350

PROSPEKT.

DEUTSCHE BANK

in Berlin.

M. 50 000 000 neue Aktien,

41 664 Stück zu M. 1200 Nr. 216 665 bis 258 328 — 2 Stück zu M. 1600 Nr. 258 329 und 258 330.

Die Aktiengesellschaft in Firma **Deutsche Bank** ist im Jahre 1870 mit dem Sitz in **Berlin** errichtet und durch Allerhöchste Königliche Kabinettsorder vom 10. März 1870 bestätigt worden.

Der **Zweck** der Gesellschaft ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art, insbesondere Förderung und Erleichterung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland, den übrigen europäischen Ländern und überseeischen Märkten.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Filialen, Agenturen und Zweigniederlassungen im In- und Auslande zu errichten, auch sich bei anderen Unternehmungen dauernd zu beteiligen. Sie hat gegenwärtig **Filialen** in Aachen, Barmen, Bremen, Brüssel, Crefeld, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Konstantinopel, Leipzig, London, München, Nürnberg, Saarbrücken; **Zweigstellen** in Augsburg. Berncastel-Cues, Bielefeld, Bocholt, Bonn, Chemnitz, Coblenz, Cronenberg, Darmstadt, M.-Gladbach, Hagen, Hamm, Köln-Mülheim, Meissen, Neheim, Neuss, Paderborn, Remscheid, Rheydt, Solingen, Trier, Wiesbaden; in der Errichtung begriffen: Hanau und Offenbach a. M.; **Depositenkassen** in Berlin und Vororten, Potsdam, Spandau; Hamburg und Vororten, Bergedorf; Frankfurt a. M.; Dresden und Vororten, Deuben, Radeberg; Leipzig und Vororten; Düsseldorf-Wehrhahn, Goch, Hilden, Idar, Langerfeld, Lippstadt, Moers, Opladen, Ronsdorf, Schlebusch, Schwelm, Soest, Vegesack, Velbert, Wald, Warburg.

Das ursprüngliche **Grundkapital** betrug M. 15 000 000 und ist im Laufe der Jahre, zuletzt 1905 um M. 20 000 000, auf M. 200 000 000 erhöht worden.

Die Generalversammlung vom 31. März 1914 hat beschlossen, das Grundkapital der Bank zum Zwecke der Uebernahme des Vermögens der Bergisch Märkischen Bank in Elberfeld im Wege der Fusion unter Ausschluss der Liquidation um weitere M. 50 000 000 durch Ausgabe von

41 664 Stück zu je M. 1200,
2 „ „ „ 1600

auf den Inhaber lautende Aktien mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1914 ab zu erhöhen.

Die neuen Aktien dienen gemäss dem Fusionsvertrage zum Umtausch der Aktien der Bergisch Märkischen Bank in solche der Deutschen Bank derart, dass auf je nom. M. 9600 Bergisch Märkische Bank-Aktien mit Dividendenscheinen für 1914 und folgenden je nom. M. 6000 neue Deutsche Bank-Aktien mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1914 ab entfallen. Die Aktionäre der Bergisch Märkischen Bank sind zum Umtausch aufgefordert worden.

Die nom. M. 32 000 000 Aktien der Bergisch Märkischen Bank, welche sich im Besitz der Deutschen Bank befanden, waren an ein Syndikat begeben, das sich verpflichtete, die darauf entfallenden nom. M. 20 000 000 neue Deutsche Bank-Aktien den Aktionären der Deutschen Bank derart zum Bezuge anzubieten, dass auf je nom. M. 12 000 alte Deutsche Bank-Aktien eine neue von nom. M. 1200 unter sofortiger Zahlung des Bezugspreises von 210% franko Zinsen bezogen werden konnte. Von dem Bezugserlös bringt das Syndikat den von ihm für die Aktien der Bergisch Märkischen Bank zu entrichtenden Kaufpreis in Abzug. Ferner hat es die sämtlichen Spesen der Kapitalserhöhung und der Fusion zu tragen. Schliesslich übernahm das Syndikat die Verpflichtung, an die Aktionäre der Bergisch Märkischen Bank gegen Vorlegung des Dividendenscheins für 1913 eine Zahlung in Höhe von 7½% des Nennwertes der Aktien zu leisten und an die tantiemeberechtigten Mitglieder der Verwaltungsorgane der Bergisch Märkischen Bank die dem Reingewinn derselben für 1913 entsprechenden Tantiemen und Gratifikationen zu vergüten. Den dann noch verbleibenden Rest des Erlöses der Aktien hat das Syndikat abzüglich der ihm für die Uebernahme der Garantie zur Durchführung der Transaktion zufallenden Vergütung an die Deutsche Bank abzuführen.

Die Uebernahme des Vermögens der Bergisch Märkischen Bank erfolgte nach dem Fusionsvertrage auf Grundlage der durch die Generalversammlung der Bergisch Märkischen Bank vom 31. März 1914 noch genehmigten Bilanz per 31. Dezember 1913, die folgendermassen lautet:

Bilanz der Bergisch Märkischen Bank am 31. Dez. 1913.

Aktiva.	M.	pf	M.	pf
Nicht eingez. Aktienkapital. .			—	
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons			6 190 531	93
Guth. bei Noten- u. Abrechn.-(Clearing) Banken			5 983 259	36
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen:				
a) Wechsel (mit Ausnahme von b, c und d) und unverzinsl. Schatzanweis. d. Reiches u. der Bundesstaaten	73 940 800	30		
b) eingene Akzepte . . .	—	—		
c) eigene Ziehungen . . .	16 123	85		
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank .	150	—	73 957 074	15
Nostroguthaben bei Banken u. Bankfirmen			22 690 560	42
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			77 384 397	31
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen . . .			246 501	—
davon am Bilanztage gedeckt:				
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine . M. 246 501.—				
b) durch andere Sicherheiten . —.—				
Eigene Wertpapiere:				
a) Anleihen u. verzinsliche Schatzanweis. d. Reiches und der Bundesstaaten .	7 089 195	20		
b) sonst. bei d. Reichsbank u. anderen Zentralnotenbanken beleihb. Wertp.	2 125 986	40		
c) sonst. börsengäng. Wertp.	1 653 818	70		
d) sonstige Wertpapiere . .	2 067 778	93	12 936 779	23
Konsortialbeteiligungen . . .			4 322 196	45
Dauernde Beteilig. bei anderen Banken und Bankfirmen .			1 000 000	—
Debitoren in lauf. Rechnung:				
a) gedeckte	97 551 193	13		
b) ungedeckte	75 145 501	91	172 696 695	04
Ausserdem: Aval- und Bürgschaftsdebit. . M. 23 366 172.97				
Bankgebäude			8 775 775	56
Sonstige Immobilien			473 514	61
Sonstige Aktiva:				
Diverse Beteiligungen . .	343 184	80		
Beamten-Pensions-Effekten	1 072 467	90		
Aktiv.-Hyp. u. sonst. Debit.	3 782 279	33		
Mobilien	38	—	5 197 970	03
			391 855 255	09

Passiva.	M.	pf	M.	pf
Aktienkapital			80 000 000	—
Reserven:				
a) ordentlich. Reservefonds	20 492 041	94		
b) ausserordentl. Reserve .	4 072 439	12	24 564 481	06
Kreditoren:				
a) Nostroverpflichtungen .	53 078	64		
b) seitens d. Kundschaft b. Dritten benutzte Kredite	682 443	15		
c) Guthab. deutsch. Banken und Bankfirmen . . .	3 595 700	37	4 331 222	16
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung:				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	41 373 642	92		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig . .	7 017 973	90		
3. nach 3 Monaten fällig	76 459 052	37	124 850 669	19
e) sonstige Kreditoren:				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	96 170 989	51		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig . ,	3 547 452	04		
3. nach 3 Monaten fällig	2 507 711	28	102 226 152	83
Akzepte und Schecks:				
a) Akzepte	44 162 999	85		
b) noch nicht eingelöste Schecks	117 004	48	44 280 004	33
Ausserdem:				
Aval- u. Bürgsch.-Verpflichtungen . . M. 23 366 172.97				
Eig. Ziehung. „ 20714.85				
dav. f. Rechn. Dritter . . „ 9926.35				
Weiterbegeb. Solawechs. d. Kunden an d. Order d. Bk. „ —.—				
Sonstige Passiva:				
Delkrederefonds			1 807 377	59
Beamten-Pensionsfonds .	1 391 762	30		
Talonsteuer	390 000	—		
Rückständige Dividende .	5 979	—		
Passiv-Hypotheken . . .	129 853	80		
Sonstige Kreditoren . .	66 246	15	1 983 841	25
Gewinn- u. Verlust-Konto			7 811 506	68
			391 855 255	09

Die auf die Deutsche Bank übergehenden Vermögenswerte abzüglich der übernommenen Schulden haben hiernach einen Bilanzwert von M. 112 375 987.74.

Der den Nennwert der M. 50 000 000 Aktien der Deutschen Bank, welche gegen das Reinvermögen der Bergisch Märkischen Bank gewährt wurden, übersteigende Betrag sowie der der Deutschen Bank aus dem Bezugsangebot der M. 20 000 000 neuen Aktien vom Syndikat zufliessende Ueberschuss wird der gesetzlichen Reserve mit rd. M. 63 500 000 zugeführt werden.

Die Fusion ist inzwischen durch Eintragung der Generalversammlungsbeschlüsse und der erfolgten Kapitalserhöhung ins Handelsregister durchgeführt.

Die Dividenden der Bergisch Märkischen Bank betrugen in den Jahren:

1909 . .	8½ %	auf M. 75 000 000	Aktienkapital
1910 . .	8½ %	„ „ 75 000 000	„
1911 . .	7 %	„ „ 80 000 000	„
1912 . .	7½ %	„ „ 80 000 000	„

Das **Grundkapital** der Deutschen Bank **beträgt nunmehr M 250 000 000,** eingeteilt in

100 000 Aktien zu je M. 600
158 320 „ „ „ „ 1200
10 „ „ „ „ 1600

Die 600-Mark-Aktien tragen die Nummern 1—100 000, die 1600-Mark-Aktien die Nummern 133 333, 174 998/99, 183 332, 199 997/98, 216 663/64, 258 329/30, die 1200-Mark-Aktien Nummern von 100 001—258 328, die durch die Nummern der 1600-Mark-Stücke unterbrochen und im übrigen fortlaufend sind.

Die neuen Aktien tragen auf Mänteln und Dividendenscheinen die faksimilierten Unterschriften zweier Mitglieder des Vorstandes und des Vorsitzenden des Aufsichtsrats; die Mäntel sind ausserdem mit einem handschriftlichen Kontrollvermerk versehen.

Der **Aufsichtsrat** besteht aus mindestens neun Mitgliedern. Die gegenwärtigen Mitglieder des Aufsichtsrats sind die Herren Exzellenz Wilhelm Herz, Wirklicher Geheimer Rat, in Berlin, Vorsitzender, Rudolph von Koch, Generalkonsul, Kommerzienrat, in Berlin, Stellvertreter des Vorsitzenden, Charles Balser sen., Rentner, in Brüssel, Eduard Beit von Speyer, Generalkonsul, Kommerzienrat, in Firma Lazard Speyer-Ellissen, in Frankfurt a. M., Emil Berve, Kommerzienrat, Geschäftsinhaber des Schlesischen Bankvereins, in Breslau, Dr. jur. Theodor Böninger, Regierungsrat a. D., in Berlin, Ernst von Borsig, Geheimer Kommerzienrat, in Firma A. Borsig, in Tegel, Otto Braunfels, Geheimer Kommerzienrat, in Firma Jacob S. H. Stern, in Frankfurt a. M., Dr. jur. Richard Brosien, Geheimer Kommerzienrat und Konsul, in Mannheim, Dr. jur. Otto Büsing, Geheimer Finanzrat, in Berlin, Rudolph Crasemann, Kaufmann, in Hamburg, Fritz von Friedlaender-Fuld, Geheimer Kommerzienrat, in Berlin, Philipp Heineken, Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, in Bremen, Dr. jur. Carl Jahr, Direktor der Rheinischen Creditbank, in Mannheim, Dr. jur. Hans Jordan, Schloss Mallinckrodt bei Wetter a. d. Ruhr, Dr. Wolfgang Kapp, Generallandschaftsdirektor, Geheimer Oberregierungsrat, in Königsberg i. Pr., Paul Klaproth, Kommerzienrat, Direktor der Hannoverschen Bank, in Hannover, Heinrich Lueg, Geheimer Kommerzienrat, Mitglied des Herrenhauses, in Firma Haniel & Lueg, in Düsseldorf, Franz Mackowsky, Geheimer Kommerzienrat, in Dresden, Albert Molineus, Geheimer Kommerzienrat, in Firma Molineus & Co., in Barmen, Albert Müller, Kommerzienrat, in Essen, Exzellenz Dr. Clemens Graf von Podewils-Dürniz, Staatsminister, in München, Emil Possehl, Senator, in Firma L. Possehl & Co., in Lübeck, Eugen Schaltenbrand, Vorsitzender des Vorstandes der Hohenlohe-Werke Aktiengesellschaft, in Hohenlohehütte O.-S., Carl Friedrich von Siemens, Ingenieur, Direktor der Siemens-Schuckert-Werke Ges. m. beschr. Haft., in Berlin, Eduard Springmann, in Firma Herminghaus & Co., in Elberfeld, Max Steinthal, Geheimer Kommerzienrat, in Charlottenburg, Hermann Wallich, Konsul, in Charlottenburg, Dr. jur. Wilhelm de Weerth, Regierungsassessor a. D., in Elberfeld, Otto E. Westphal, Senator, in Firma G. W. A. Westphal Sohn, in Hamburg, Georg Zwilgmeyer, Rentner, in Berlin.

Der **Vorstand** besteht gegenwärtig aus den Herren Arthur von Gwinner, E. Heinemann, Wirklicher Legationsrat Dr. Karl Helfferich, Kommerzienrat Paul Millington Herrmann, Geheimer Kommerzienrat Carl Klönne, Paul Mankiewitz, Carl Michalowsky, Oscar Schlitter, Kommerzienrat Gustav Schröter, Oscar Wassermann.

Die **Generalversammlungen** werden in Berlin abgehalten. Jede Aktie zu M. 600 gibt eine Stimme, jede Aktie zu M. 1200 und zu M. 1600 zwei Stimmen.

Das **Geschäftsjahr** ist das Kalenderjahr.

Der **Reingewinn** wird wie folgt verteilt:

a) 5 Prozent in den zur Deckung eines aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes gesetzlich zu dotierenden Reservefonds, solange dieser Reservefonds den zehnten Teil des Grundkapitals nicht überschreitet;
b) 6½ Prozent Dividende auf das eingezahlte Grundkapital;
c) von dem verbleibenden Ueberschuss kann die Generalversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats und des Vorstandes bei Genehmigung des Rechnungsabschlusses zur ausserordentlichen Verstärkung der Reserven oder zu anderen Zwecken Verwendungen beschliessen;
d) von dem dann übrig bleibenden Betrag erhält der Aufsichtsrat 7 Prozent Gewinnanteil;
e) der Rest wird nach Beschluss der Generalversammlung als weitere Dividende an die Aktionäre verteilt oder auf neue Rechnung vorgetragen.

Gelegentlich der vorstehend behandelten Transak[illegible] wurde eine Aenderung der Satzungen dahin vorgeno[illegible] dass die Berechnung der Aufsichtsratstantieme [illegible] wie aller vertragsmässigen Tantiemen erst nach V[illegible] von 6½ % Dividende — anstatt wie bisher 6 %[illegible] setzen soll.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Ausza[illegible] Dividende, die Aushändigung neuer Dividend[illegible]

den Bezug neuer Aktien, die Hinterlegung von Aktien zur Generalversammlung sowie alle sonstigen die Aktien betreffenden Massnahmen, welche von den Generalversammlungen beschlossen werden, ausser in Berlin an den jeweils bekanntzugebenden weiteren Plätzen, unter denen sich jedenfalls die Börsenplätze Bremen, Breslau, Cöln, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München befinden müssen, kostenfrei erfolgen zu lassen.

Die Gesellschaft übernimmt ferner die Verpflichtung zur Veröffentlichung der nach § 4, Absatz I, Ziffer 5 der Bekanntmachung betreffend die Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel vom 4. Juli 1910 verordneten Bilanzübersichten im Deutschen Reichsanzeiger. Im übrigen erfolgen die öffentlichen **Bekanntmachungen** der Gesellschaft im Deutschen Reichsanzeiger und Königlich Preussischen Staatsanzeiger und ausserdem in den vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Zeitungen, unter welchen sich mindestens zwei weitere Berliner Tageszeitungen und je ein Lokalblatt derjenigen Plätze befinden, an deren Börsen die Aktien eingeführt sind. Zur Gültigkeit der Bekanntmachungen genügt deren Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger.

Die **Bilanzziffern** der **Deutschen Bank** nach dem von der Reichsbank angeordneten Schema sowie das **Gewinn- und Verlust-Konto** per 31. Dezember 1913 lauten wie folgt:

Bilanz der Deutschen Bank per Ende Dezember 1913.

Aktiva.	M.	pf	M.	pf
Nicht eingez. Akt.-Kap. . .			—	—
Kasse, fremde Geldsorten u. Coupons			90 348 302	23
Guth. bei Noten- u. Abrechnungs-Banken			37 100 602	57
Wechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen:				
a) Wechsel (mit Ausschluss von b, c und d) und unverzinsl. Schatzanweis. des Reichs u. der Bundesstaaten	639 001 793	25		
b) eigene Akzepte	—	—		
c) eigene Ziehungen . . .	400 418	85		
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	—	—	639 402 212	10
Nostroguth. bei Banken u. Bankfirmen			61 734 630	78
Reports u. Lombards gegen börsengängige Wertpap.			233 226 705	30
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen . .			216 769 036	64
davon am Bilanztage gedeckt:				
a) durch Waren, Fracht- od. Lagerscheine	66 928 823	46		
b) durch andere Sicherheit.	60 648 745	63		
Eigene Wertpapiere:				
a) Anleihen u. verzinsliche Schatzanweis. des Reichs und der Bundesstaaten .	131 693 780	06		
b) sonst. bei der Reichsbank u. anderen Zentralnotenbanken beleihb. Wertp.	9 703 933	37		
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	18 008 185	80		
d) sonstige Wertpapiere .	1 795 723	35	161 201 622	58
Konsortialbeteiligungen .			53 462 472	22
Dauernde Beteilig. bei and. Banken und Bankfirmen			82 469 426	35
Debit. in lauf. Rechnung:				
a) gedeckte durch börsengängige Wertpap. M. 348 735 293.64 durch and. Sicherh. 163 705 560.11	512 440 843	75		
[illegible] ungedeckte	126 019 341	87	638 460 195	62
Ausserdem:				
[illegible] und Bürgschafts-[illegible]ren	142 300 710	51		
[illegible]ude			31 500 000	—
[illegible]mmobilien . . .			—	—
[illegible] Aktiva			1	—
			2 245 675 207	39

Passiva.	M.	pf	M.	pf
Aktienkapital			200 000 000	—
Reserven			112 500 000	—
Kreditoren:				
a) Nostroverpflichtungen*) .	1 824 562	81		
b) seitens der Kundsch. bei Dritten benutzte Kredite	—	—		
c) Guth. deutscher Banken und Bankfirmen . . .	129 702 478	83		
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung: 1. innerh. 7 Tagen fällig M. 626 563 918.34; 2. darüber hinaus bis zu 3 Mon. fällig 181 717 653.70; 3. nach 3 Mon. fällig 90 725 167.98	899 006 740	02		
e) sonstige Kreditoren: 1. innerh. 7 Tagen fällig M. 315 246 966.52; 2. darüber hinaus bis zu 3 Mon. fällig 97 694 128.61; 3. nach 3 Mon. fällig 136 570 913.65	549 512 008	78	1 580 045 790	44
Akzepte und Schecks:				
a) Akzepte	284 078 810	78		
b) noch nicht eingelöste Schecks	16 624 283	89	300 703 094	67
Ausserdem:				
Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen . . .	142 300 710	51		
Eigene Ziehungen . . .	400 418	85		
davon f. Rechn. Dritter M. 242 102.50				
Weiter begebene Solawechsel der Kunden an die Order der Bank .	—	—		
Sonstige Passiva:				
Dividende unerhoben . .	34 134	—		
Dr.-Georg-von-Siemens-Fonds für die Beamten .	7 565 162	90		
Rückstell. für Talonsteuer	1 960 000	—		
Uebergangsposten der Zentrale und der Filialen untereinander	7 121 618	45	16 680 915	35
Reingewinn			35 745 406	93
			2 245 675 207	39

*) Hierunter sind die Hypothekenverpflichtungen in 10 Einzelposten verbucht. Von den Hypotheken sind M. 1 371 069.83 zurzeit nicht kündbar; der Rest unterliegt kürzeren Kündigungsfristen.

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.	M.	pf	M.	pf
An Gehälter, Weihnachts-Grat. an die Beamten u. allgemeine Unkost. . .	21 681 534	11		
„ Beamtenfürsorge-Verein	1 381 248	10		
„ Wohlfahrtseinricht. für die Beamten (Klub, Kantinen u. freiw. übernommene Versicher.-Beitr.)	258 158	95		
„ Steuern u. Abgaben . .	3 617 696	57		
„ Gewinnbeteilig. a. Vorst., stellvertretende Direkt., Abteil.-Direkt. u. 11 Filialdirektionen (67 Pers.) .	3 906 276	58		
„ Rückstell. f. Talonsteuer	360 000	—	31 204 914	31
„ Abschreib. auf Bankgeb.	3 799 062	25		
„ Abschreib. auf Mobilien	577 502	54	4 376 564	79
„ Saldo zur Verteilung verbleibender Überschuss .			35 745 406	93
			71 326 886	0[illegible]

(Fortsetzung auf der nebenstehenden Umschlagseite.)